

SWP-Studie

Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit

Uwe Halbach

Gewalt in Tschetschenien

Ein gemiedenes Problem
internationaler Politik

S 4
Februar 2004
Berlin

Alle Rechte vorbehalten.

Abdruck oder vergleichbare
Verwendung von Arbeiten
der Stiftung Wissenschaft
und Politik ist auch in Aus-
zügen nur mit vorheriger
schriftlicher Genehmigung
gestattet.

© Stiftung Wissenschaft und
Politik, 2004

SWP

Stiftung Wissenschaft und
Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6372

Inhalt

Problemstellung und Schlußfolgerungen	5
Gewaltkontinuität versus Befriedungsfiktion	7
Akteure, Streitpunkte und Kosten des Tschetschenienkonflikts	9
Die bewaffneten Gegner Rußlands: Separatisten? Islamisten? Terroristen?	9
Die Stellung Aslan Maschadows	13
Gewalt auf der Seite der russischen »Ordnungshüter«	14
Gewaltökonomisierung und Kriegsunternehmertum	15
Zum transnationalen Charakter des Konflikts	16
Kosten und Opfer	18
Präsident Putins »politische Lösung« des Tschetschenienkonflikts	20
Das Verfassungsreferendum vom 23. März 2003	20
Der Faktor Kadyrow	21
Die Präsidentschaftswahlen vom 5. Oktober 2003	23
Autonomie	25
Amnestie	27
Tschetschenien in der westlichen Rußlandpolitik	28
USA	28
Europäische Union und einzelne europäische Staaten	29
Die Tschetschenienfrage in der OSZE und im Europarat	32
Ausblick	35
Abkürzungen	37

Gewalt in Tschetschenien.

Ein gemiedenes Problem internationaler Politik

Die russische Regierung gibt an, einen »Weg zur politischen Lösung« des Tschetschenienkonflikts eingeschlagen zu haben. Dennoch herrscht in Tschetschenien noch immer massive Gewalt vor. Der vom Kreml eingeschlagene Weg erwies sich in seinen Hauptpunkten als Scheinlösung – besonders mit der auf den bisherigen Verwaltungsleiter Kadyrow zugeschnittenen Präsidentenwahl. Einige westliche Staatsführer brachten mit affirmativen Kommentaren zu diesem Vorgehen zweierlei zum Ausdruck: zum einen den Wunsch, Rußland möge die Lösung des andauernden Konflikts aus eigener Kraft und mit politischen Mitteln leisten, zum anderen das Bedürfnis, das Thema Tschetschenien nicht zum Störfaktor für westliche Rußlandpolitik werden zu lassen. Rußland definiert den Konflikt als seine innerstaatliche Angelegenheit und weist jeglichen Ansatz von Internationalisierung zurück. Doch die Gewalt in Tschetschenien strahlt über die Grenzen der nordkaukasischen Teilrepublik hinaus. Dieser Konfliktfall mag mit seinem Potential für regionale Eskalation hinter Konfliktherden wie Palästina, Afghanistan, Irak und Kaschmir zurückstehen. Aber wer meint, er sei als ein innerstaatliches Problem Rußlands »eingekapselt«, unterliegt einem Irrtum. Die Situation in Tschetschenien geht die internationale Politik über humanitäre Belange hinaus an:

- ▶ Nach der Deeskalation der Balkankonflikte ist der Nordkaukasus die explosivste Konfliktregion Europas – mit Kämpfen in Tschetschenien im Mittelpunkt und benachbarten Krisenzonen wie Dagestan und Inguschetien. Entgegen der offiziellen russischen Darstellung von »Normalisierung«, »Befriedung« und »politischer Lösung« stellt Tschetschenien die intensivste Gewaltzone und größte humanitäre Katastrophe im Raum der OSZE dar.
- ▶ Moskau hat mit seinen Legitimationsbehauptungen zum zweiten Tschetschenienkrieg für sich reklamiert, mit seiner »Anti-Terror-Operation« im Nordkaukasus Europa vor der Proliferation islamistischen Terrorismus zu schützen. Russische Politiker verglichen zudem das militärische Vorgehen in Tschetschenien mit europäischen Anti-Terrorismus-Aktionen – etwa in Nordirland und Spanien. In Wirklichkeit generieren die Militär- und Sonderaktionen der kombinierten Truppen Rußlands in

Tschetschenien Gewalt und Haß auf breitester Basis. So gibt es einen deutlichen Zusammenhang zwischen der Zunahme von Terroraktionen, in die tschetschenische Frauen verwickelt sind, mit der gegen Zivilbevölkerung ausgeübten Gewalt und dem dadurch wachsenden Bedürfnis nach Rache.

- ▶ Rußland stellt die *islamistische Dimension* der gegnerischen Gewalt in seiner Deutung des Sezessionskonflikts mit Tschetschenien heraus. Tatsächlich hat dieser Konflikt ausländische »Mudschahedin« angezogen, und auch ein Teil der tschetschenischen Untergrundkämpfer beruft sich inzwischen stärker auf »Dschihad« als auf »nationale Unabhängigkeit«. Aber auch hier besteht ein Zusammenhang zwischen der Diffusion militärischer Gewalt in der Zivilbevölkerung Tschetscheniens und der »Dschihadisierung« der Kampffideologie im tschetschenischen Untergrund. Die Transformation eines Sezessionskonflikts zum Dschihad hat tiefgreifende Konsequenzen: Tschetschenien wird zu einem Kristallisationspunkt islamistischer Solidarität. Damit gewinnt der Konflikt eine überregionale Dimension.
- ▶ Regional strahlt er vor allem in den kaukasischen Raum aus – ein ohnedies höchst instabiler Rand Europas. Es besteht eine krasse Asymmetrie in Hinsicht auf die Präsenz internationaler Politik im Südkaukasus mit seinen drei unabhängig gewordenen Staaten und eingefrorenen Sezessionskonflikten einerseits und im Nordkaukasus andererseits. Die Konfliktlandschaften im Nordkaukasus sind für internationale Politik kaum zugänglich, stellen sie doch eine innerstaatliche Angelegenheit Rußlands dar. Die Korrespondenz von Gewalt und Instabilität zwischen der Nord- und der Südhälfte Kaukasiens wird dabei aber nicht genügend beachtet, allenfalls punktuell herausgestellt (Pankisi-Tal im georgisch-tschetschenischen Grenzgebiet). Bleibt der Nordkaukasus die Gewaltperipherie der Russischen Föderation, wird die ohnehin aufwendige Stabilisierung eines Landes wie Georgien erheblich erschwert.
- ▶ Die Intonation internationaler Kritik an Rußlands Vorgehen in Tschetschenien ist von der Zusammenarbeit mit Rußland auf anderen Gebieten beeinflusst. Als Gegenleistung für Rußlands Kooperation mit westlichen Partnern im globalen »war on terrorism« wurde die Kritik abgemildert oder das Thema aus dem Dialog mit Rußland gar ausgeklammert. Mit dieser fragwürdigen Strategie erweist man dem Partner aber letztlich keinen Freundschaftsdienst, da die fortgesetzte Gewalt in

Tschetschenien nachhaltig auf die Innenpolitik Rußlands zurückwirkt – in einer Richtung, die der gewünschten Heranführung an Europa entgegengesetzt ist. Bei der Bewertung der russischen »Anti-Terror-Operation« im Nordkaukasus geht es nicht so sehr um die Frage, wie im bewaffneten tschetschenischen Untergrund zwischen Partisanenkampf und Terrorismus zu differenzieren ist. Selbst wenn man sich auf die zweifelhafte russische Volte einließe und die bewaffneten Gegner in Tschetschenien unterschiedslos in das Lager des »internationalen Terrorismus« einordnete, wäre der entscheidende Punkt doch der, daß das militärische Vorgehen Rußlands das Paradebeispiel dafür liefert, wie Kampf gegen Terrorismus unter gar keinen Umständen aussehen darf. Militärische Gewalt, die in so hohem Maße Zivilbevölkerung terrorisiert und vernichtet, als »Anti-Terrorismus« gelten zu lassen, diskreditiert eine der bedeutendsten gegenwärtigen Aufgaben globaler Politik.

- ▶ Zurückhaltung gegenüber dem Tschetschenienkonflikt wird häufig damit begründet, daß zur Zeit niemand über ein Patentrezept konkreter Konfliktlösung in diesem besonders verworrenen Fall verfügt. Das nächstliegende Ziel konsequenteren Einwirkens auf Rußland sollte aber die Beendigung einer als »Anti-Terrorismus« präsentierten Gewaltausübung sein, die in Wirklichkeit Terrorismus generiert. Das bedeutet zumindest die Umwandlung der von Rußland ausgeübten militärischen und polizeilichen Gewalt in eine Aktion, die sich gezielt gegen Gewaltakteure und nicht gegen ein ganzes Volk richtet. Es bedeutet ferner ernst gemeinte Wiederaufbaumaßnahmen als Voraussetzung für einen daran anschließenden, denkbar schwierigen Prozeß von Demilitarisierung, Institutionenaufbau, sozialökonomischer Rehabilitierung und politischer Konfliktlösung. In der Europäischen Union vollzog sich eine Spaltung zwischen größeren EU-Staaten, die Tschetschenien nicht zum Störfaktor in ihren bilateralen Beziehungen mit Rußland werden lassen wollten und das Thema in ihrem Dialog mit Moskau zurückstufen, und kleineren Staaten in Mitteleuropa, im Benelux-Raum und in Skandinavien, die dazu nicht bereit waren. Im Interesse der Schaffung grundlegender Voraussetzungen zur Lösung des Konflikts müßte europäische und internationale Politik aber zu mehr Kohärenz und Konsequenz im Umgang mit dem Thema Tschetschenien innerhalb des Dialogs mit Rußland gelangen.

Gewaltkontinuität versus Befriedungsfiktion

Entgegen den Darstellungen der russischen Regierung, in Tschetschenien sei »Normalisierung« im Gange, stellt sich die Situation in der weitgehend zerstörten Kaukasusrepublik völlig anders dar: Der andauernde Tschetschenienkonflikt ist das massivste Gewaltereignis im Umfeld Europas, ein herausragendes Beispiel für asymmetrischen Krieg¹ und die größte humanitäre Katastrophe im OSZE-Raum. Gleichwohl ist es ein »Krieg im Schatten«,² der westliche Rußland-Politik nicht sonderlich stark beeinflusst. Der Umgang russischer Behörden mit bedeutenden Wirtschaftsführern ihres Landes und die Beschlagnahme eines Aktienpakets der Firma Yukos hat im Jahr 2003 mehr internationale Aufmerksamkeit erregt als die anhaltende Gewalt in Tschetschenien.

Die beiden Kriege, die Rußland in Tschetschenien führte, stehen für eine Enthegung militärischer Gewalt.³ Ein solche Entfesselung wird in der russischen Sprache als »bezpredel« bezeichnet. Skrupellose und eigensüchtige Kriegsherren auf tschetschenischer Seite wie Schamil Bassajew oder Arbi Barajew sind weltbekannt geworden. Sie haben enorme Schuld gegenüber der Bevölkerung Tschetscheniens auf sich geladen. Es ist aber ebenso bekannt, daß sich besonders auf der Seite der russischen Streitkräfte – die sich im Herbst 1999 unter der Vorgabe, Terroristen zu bekämpfen und die Zivilbevölkerung vor ihnen zu schützen, mit rund 100 000 Soldaten zum zweiten Mal nach Tschetschenien begaben – alle Symptome von »bezpredel« entfaltet haben: Gewaltausübung gegen Zivilisten, Korruption, Kriegsunternehmertum und Gewaltökonomisierung.⁴

1 Vgl. Aleksandr Proskurjakov, Tschetschenien: Krieg ohne Ende? Strategien des asymmetrischen Kampfs, in: Osteuropa, 53 (2003) 4, S. 452–463; Martin Malek, Tschetschenien als Beispiel der Asymmetrie, in: Josef Schröft/Thomas Pankratz (Hg.), Asymmetrische Kriegführung – ein neues Phänomen der Internationalen Politik?, Baden-Baden 2004, S. 189–204.

2 So ein neuer Buchtitel: Florian Hassel (Hg.), Der Krieg im Schatten. Rußland und Tschetschenien, Frankfurt a.M. 2003.

3 Zu diesem zentralen Merkmal »neuer Kriege« siehe Herfried Münkler, Die neuen Kriege, Hamburg 2002, S. 31.

4 Vgl. Maura Reynolds, Krieg ohne Regeln. Russische Soldaten in Tschetschenien, in: Hassel, Krieg im Schatten [wie Fn. 2], S. 124–136; Hannes Adomeit, Das Militär in Tschetschenien. Hindernis auf dem Weg zu einer politischen Lösung,

Die enorme Gewaltdichte dieser »Anti-Terror-Operation« wurde im April 2003 in einem Vergleich deutlich, den ein russischer Zeitungskommentar mit Blick auf das offizielle Ende des Irak-Kriegs anstrebte – wobei die rasant wachsende Todesquote im »Krieg nach dem Krieg« im Irak allerdings nicht einkalkuliert ist: »21 Tage Krieg und siebeneinhalb Jahre Krieg. Die Verluste der USA und Englands – 132 Tote. Unsere Verluste in Tschetschenien übersteigen 10 000. Etwa 4000 irakische Zivilisten sind ums Leben gekommen. In Tschetschenien über 100 000 Menschen. Irak: ein Territorium von 438 000 qkm, 22 Millionen Einwohner. Tschetschenien: ein Territorium von 16 000 qkm, eine Million Einwohner.«⁵

Überträgt man die Opferbilanzen der Tschetschenienkriege seit 1994 in ihrer Relation – unter Berücksichtigung der völlig unterschiedlichen Bevölkerungsgrößen – auf den Irak, ergibt sich ein erschreckendes Bild: Bagdad müßte eine einzige Ruinenlandschaft sein; irakische Zivilisten in Millionenzahl müßten in der Kriegsphase getötet worden sein; weiterhin müßten wöchentlich Hunderte Zivilisten von amerikanisch-britischen Todesschwadronen bei »Säuberungsaktionen« auf Nimmerwiedersehen entführt werden; Amerikaner und Briten hätten eine Zahl toter Soldaten zu beklagen, die man sich in London und Washington nicht in ärgsten Alpträumen vorstellen könnte.

Seit längerem versucht die russische Regierung, den Eindruck von Befriedung und Wiederaufbau und vom Ende nennenswerter Kampfhandlungen in Tschetschenien zu erwecken. Dieser Darstellung widersprechen aber Stimmen aus den eigenen Gewaltapparaten und der tschetschenischen Lokalverwaltung. So teilten Mitglieder der russischen Alpha-Truppe, einer Elite-Einheit Moskaus in Tschetschenien, im Juli 2003 einer russischen Zeitung mit: »Die Situation hat sich nicht verbessert, ganz egal was unser Fernsehen dazu sagt. [...] Unsere Militärbasis in Chankala bewacht sich nur selbst, nicht die Zivilbevölkerung.«⁶ Die russischen

<<http://www.swp-berlin.org/produkte/diskussionspapier.php?id=1623&PHPSESSID=8eceb88f88f84978a4dd44c4c0811d86>>.

5 Aleskandr Minkin, in: Moskovskij Komsomolec, 11.4.2003.

6 Novaja gazeta, 28.7.2003.

Streitkräfte haben laut Mitteilung des Londoner International Institute for Strategic Studies zwischen August 2002 und August 2003 mit 4749 Toten und Verletzten die höchsten Verluste im gesamten zweiten Tschetschenienkrieg erlitten. Damit macht Rußland eine Erfahrung, die derzeit andere im Irak machen: Nicht die aktive Kriegsphase – im Falle Tschetscheniens die Phase des massiven Einsatzes von Luftwaffe und Artillerie bis zum Frühjahr 2000 – bringt die höchsten Verluste, sondern die Phase danach.⁷

Auch die Zivilbevölkerung in Tschetschenien mußte dies leidvoll erfahren. Sie ist bis heute der Gewalt konkurrierender Kriegsparteien schutzlos ausgesetzt. Zu den Gewaltakteuren gehört nun maßgeblich auch die lokale Kadyrow-Administration, die von Moskau in den Rang einer »durch Wahl legitimierten« Republikführung gehoben wurde. Hinzu kommt die geographische Ausweitung der Gewalt über Tschetschenien hinaus, die 2003 mit Besorgnis notiert wurde.⁸

Tschetschenien hat weltweit eine der dichtesten Konzentrationen an Militär und Miliz: Im zentralen Teil der Republik – die insgesamt kaum größer als das Bundesland Thüringen ist, weniger als ein Prozent des Territoriums der Russischen Föderation ausmacht und heute eine Bevölkerung von höchstens 700 000 Menschen hat⁹ – wurden im Verlauf des zweiten Kriegs zwischen 80 000 und 100 000 russische Soldaten stationiert. Hinzu kommen Truppenkonzentrationen in den Nachbarregionen im südlichen Föderalbezirk – rund 300 000 Soldaten.¹⁰ In Tschetschenien kommen mehr als 10 000 einheimische Polizisten und Milizionäre hinzu. Polizeieinheiten aus allen Regionen Rußlands wurden in den letzten Jahren nach Tschetschenien geschickt und mit einem Ausmaß an Kriminalität und Kriegsökonomie konfrontiert, das ihr Verhältnis zu »law and order« nachhaltig irritieren wird.¹¹ Trotz dieser erdrückenden Präsenz bewaffneter russischer und tschetschenischer »Ordnungshüter« weist die kleine Republik die mit Abstand höchste Gewalt-

kriminalität im postsowjetischen Raum und eine der höchsten weltweit auf: Mit 110 bis 140 Mordfällen pro 100 000 Einwohner lag sie im Jahr 2002 noch weit vor Kolumbien (77 pro 100 000).¹² Ein weiterer trauriger Rekord: In Tschetschenien gab es 2002 laut International Campaign to Ban Landmines die höchste Quote an Minenopfern. 5695 Menschen wurden dort durch Minen getötet oder verletzt. In Afghanistan wurden im selben Jahr 1286 Minenopfer verzeichnet. Die Ausstreuung von Minen ist in Tschetschenien zum gängigen Kampfmittel beider Konfliktparteien geworden.¹³

7 International Herald Tribune (IHT), 16.10.2003.

8 So dokumentiert ein 28seitiger Bericht von Human Rights Watch vom September 2003 Gewaltmaßnahmen russischer Truppen in der Nachbarrepublik Inguschetien, <<http://www.hrw.org/reports/2003/russia0903/russia0903.pdf>>.

9 Entgegen der offiziellen Angabe der Volkszählung Rußlands 2002, bei der die Bevölkerungszahl mit 1 088 816 beziffert wurde. Die Unglaubwürdigkeit dieser Angabe wird allgemein bestätigt.

10 Nezavisimaja gazeta, 20.10.2003.

11 Russian Police Learn Bitter Chechen Lessons, in: Wall Street Journal, 1.12.2003.

12 IHT, 30.5.2003, S. 6.

13 Radio Free Europe/Radio Liberty (RFE/RL), 11.9.2003, <<http://www.rferl.org/features/2003/09/11092003181035.asp>>.

Akteure, Streitpunkte und Kosten des Tschetschenienkonflikts

Die bewaffneten Gegner Rußlands: Separatisten? Islamisten? Terroristen?

Seit langem verbreitet der Kreml widersprüchliche Informationen über seine bewaffneten Gegner. Mal werden diese als zentraler Bestandteil weltweiter Netzwerke des islamistischen Terrorismus dargestellt, mal als ein Rest von »Banditenformationen«, der einer Befriedung und Normalisierung der Lage in Tschetschenien nicht länger im Wege stehen wird. Seit März 2000, als in einem letzten Zusammenstoß offener Kampfverbände um das Dorf Komsomolskoje gekämpft wurde, wird auf tschetschenischer Seite ein Guerilla- oder Partisanenkampf in kleinen und kleinsten Militäreinheiten geführt. Die »bojewiki« sind jedenfalls weitaus stärker zersplittert als im ersten Tschetschenienkrieg 1994–1996. Die Kräfteverhältnisse in der Guerilla sind eine weitgehend unbekannte Größe. Dem Autor dieser Studie ist keine Quelle bekannt, die verlässliche Angaben über die Zahl der Bewaffneten, ihre Loyalitäten und Führungsverhältnisse liefert. Die von Moskau herausgestellte Analogie zu Gruppierungen wie Al-Qaida stimmt allenfalls in einer Hinsicht: Tschetschenische »bojewiki« unterstehen ebensowenig wie Al-Qaida-Terroristen einer strikten hierarchischen Befehlsstruktur oder militärischen Machtvertikale. Sie bilden Netzwerke aus relativ autonom agierenden Zellen. Schätzungen der aktuellen Zahl tschetschenischer Untergrundkämpfer schwanken zwischen 1500 und 5000. Dagegen schätzte die russische Armeezeitung im April 2003 den harten Kern des Widerstands auf nur »200 bis 300 ständig aktive Banditen«, die sich unter keinen Umständen ergeben würden und außerhalb der Reichweite einer Amnestie stünden.¹⁴

Die Reihen aktiver Kämpfer wurden im zweiten Tschetschenienkrieg stark gelichtet. Am 20. Januar 2003 bezifferte Interfax unter Berufung auf den Stab der kombinierten russischen Truppen in Tschetschenien die Zahl der bis dahin getöteten Rebellen mit mehr als 14 000. Wenn auch Zahlenangaben der militärischen Stellen Rußlands im Tschetschenienkrieg fragwürdig sind und die Zahl gegnerischer Opfer von

beiden Konfliktseiten maßlos übertrieben wird, steht außer Zweifel, daß viele Untergrundkämpfer gefallen sind – darunter berüchtigte Feldkommandeure wie Salman Radujew, Arbi Barajew, Emir Chattab, Turpal Ali Atgerijew. Laut neuesten Mitteilungen gegen Ende 2003 soll auch Ruslan Gelajew, einer der eigenständigsten Feldkommandeure, bei einer Aktion in Dagestan getötet worden sein.¹⁵ Andere bekannte Feldkommandeure wie Ruslan Jamadajew, Apti Arsanukajew und Ibrahim Sultygow sind auf die Gegenseite übergelaufen. Daß der berüchtigtste aller Kriegsherren, Schamil Bassajew, weiterhin in Tschetschenien agiert, hält Gerüchte über Verbindungen zu russischen Stellen am Leben – vor allem im Zusammenhang mit Bassajews Überfall auf Dagestan im August 1999, der Moskau den offiziellen Anlaß für den zweiten Tschetschenienkrieg geliefert hatte.¹⁶

Die Unterstützung des bewaffneten Widerstands durch die lokale Bevölkerung ist nicht der Sympathie für die »bojewiki« geschuldet, sondern der Tatsache, daß in Tschetschenien kaum noch eine Familie existiert, die nicht männliche Angehörige durch die »Anti-Terror-Operation« verloren hat. Rache wird durchweg als Hauptmotiv des Widerstands und der neuerlich auftretenden Selbstmordanschläge genannt. Die Mehrheit der Zivilbevölkerung Tschetscheniens sieht in den russischen Streitkräften und neuerdings in wachsendem Maße in der Privatarmee Kadyrows die Hauptbedrohung für ihr Leben. Bei der Frage nach der derzeit größten Gefahr für Leib und Leben wurden bei Meinungsumfragen im März und Juni 2003 in einem System der Mehrfachnennung die Gewalt der föderalen Truppen und Sicherheitsdienste von mehr als 70% der befragten Tschetschenen an erster Stelle genannt. Zwischen März und Juni 2003 verdoppelte sich aber auch der Anteil jener Personen, die als größte Gefahrenquelle die »bojewiki« nannten (von

¹⁵ Süddeutsche Zeitung (SZ), 22.1.2004.

¹⁶ Vor allem die Tatsache, daß die Truppen Bassajews ungestört in Dagestan einmarschieren und ebenso ungestört den Rückzug nach Tschetschenien antreten konnten, hält die Version einer Zusammenarbeit mit russischen Stellen am Leben. Dazu zusammenfassend Florian Hassel, Der zweite Tschetschenienkrieg, in: Hassel, Krieg im Schatten [wie Fn. 2], S. 49–53.

¹⁴ Krasnaja zvezda, 30.4.2003.

20% auf 42%). Die nach dem Referendum sich häufenden Selbstmordattentate werden von einer deutlichen Mehrheit der Tschetschenen abgelehnt. Im Juni wertete die Hälfte der Befragten sie als Terror, ein Drittel als Verzweiflungstaten, nur 10% als Methode des Unabhängigkeitskampfes.¹⁷ Trotz dieser differenzierten Wahrnehmung des bewaffneten Untergrunds wurzelt der Widerstand gegen die russischen Truppen und ihre tschetschenischen Helfer in der lokalen Bevölkerung. »Die Untergrundkämpfer haben eine soziale Basis in Tschetschenien, sie werden von der Bevölkerung unterstützt«, sagte Ende August 2003 ausgerechnet der Informationsminister der von Moskau eingesetzten Regierung in Grosny, Bislan Gantemirow. Damit widersprach er der Darstellung des Kreml, wonach der Widerstand entweder moribund oder fremdgesteuert ist.¹⁸ Den Widerstand restlos zu eliminieren ist nicht möglich, da dieser in Strukturen agiert, die ihn in hohem Maße flexibel, anpassungs- und regenerierungsfähig machen. In dieser Hinsicht ist der Guerillakampf in Tschetschenien für die russische Seite nicht zu gewinnen. Mit rein militärischer Masse ist dem Gegner jedenfalls nicht beizukommen.¹⁹ Natürlich ist der Krieg auch für die Gegenseite nicht zu gewinnen. Die »bojewiki« können die russische Armee nicht aus Tschetschenien vertreiben.

Seit der Geiselnahme im Musical-Theater an der Dubrowka im Oktober 2002 und verstärkt im Sommer 2003 schwoll die Welle von Gewalttaten an, mit denen tschetschenische Kommandos die Grenze zwischen Partisanenkampf und Terrorismus überschritten und in hohem Maße Opfer aus der Zivilbevölkerung Tschetscheniens und Rußlands in Kauf nahmen. Die Häufung von Terroranschlägen im Zusammenhang mit dem Tschetschenienkonflikt – der laut Kreml doch angeblich seiner Normalisierung entgegenstrebt – unterhöhlt das Image einer Regierung Rußlands, die zwar so viele Militärs und Geheimdienstler in ihren Reihen hat wie keine andere zuvor, aber offensichtlich

¹⁷ Ausführlich zu der Umfrage des Instituts Validata: Neue Zürcher Zeitung (NZZ), 14.8.2003, S. 3, <http://www.validata.ru/e_e/chechnya>.

¹⁸ Zitiert in: SZ, 28.8.2003.

¹⁹ Der Kommentar eines russischen Offiziers dazu: »Gruppen, die autonom kämpfen, ohne eine Kommandozentrale, sind viel gefährlicher. Man kann sie nicht lokalisieren und vernichten. Ihre Handlungen sind unvorhersagbar. Nachdem die föderalen Truppen alle größeren Kampfeinheiten in Tschetschenien bis Sommer 2000 zerschlagen haben, hat sich der Krieg zur Sabotage und zum Terrorismus hin verlagert.« <http://www.iwpr.net/index.pl?archive/cau/cau_200401_214_1_eng.txt>.

nicht in der Lage ist, ihre Bürger zu schützen. Im Sommer 2003, vor allem nach dem Anschlag von Tuschino vom 5. Juli, überschattete Terrorangst das Leben in der Hauptstadt. Moskau, in seiner älteren Geschichte als »Drittes Rom« bekannt, wurde nun als »Zweites Jerusalem« bezeichnet – in Anspielung auf die terroristische Bedrohung.²⁰ Laut Nachrichtenagentur Interfax erklärte das russische Innenministerium zum Thema Terrorismus, daß sich die Lage 2003 drastisch verschlechtert habe: Die Zahl der Anschläge hat sich im Vorjahresvergleich verdoppelt. Von 561 in der Russischen Föderation begangenen Terrorakten entfielen 400 auf Südrußland. 386 Anschläge wurden in Tschetschenien begangen.²¹

Terrorismus in Rußland wird längst automatisch dem tschetschenischen Untergrund zugeschrieben. Daß diese Zuschreibung nicht immer zutrifft, gibt der ehemalige russische Parlamentssprecher Iwan Rybkin, einer der schärfsten Kritiker des zweiten Tschetschenienkriegs, zu bedenken: »Eine Menge Kriminelle und Terroristen heften sich an den bewaffneten Konflikt in Tschetschenien an. Wenn wir behaupten, das da in Tschetschenien sei eine Sache des internationalen Terrorismus, dann nur, um das Wohlergehen der Vereinigten Staaten zu gewinnen.«²²

In der Serie neuerlicher Anschläge mit tschetschenischem Hintergrund wurden folgende Trends notiert:

- ▶ Das Auftreten von Selbstmordattentätern, dabei zunehmend von Frauen;
- ▶ eine wachsende Bereitschaft, bei Anschlägen gegen russische Streitkräfte und gegen die Gewaltstrukturen des lokalen Kadyrow-Regimes zivile Opfer in Kauf zu nehmen;
- ▶ Terroranschläge auf rein zivile Objekte außerhalb Tschetscheniens (Musical-Theater an der Dubrowka, Rockkonzert von Tuschino, Pendlerzug in Jessentuki);
- ▶ eine geographische Ausweitung von Gewalt auf den Nordkaukasus (Dagestan, Nordossetien, Stawropol, Krasnodar) und das Innere Rußlands.

Dabei kam der Vergleich mit der endlosen Gewalt in Palästina auf, ging das Wort von einer »Palästinisierung« des Tschetschenienkonflikts um. Sogar der Chef des FSB, Patruschew, sprach am 10. Juni 2003 von einem »palästinensischen Szenario«; er fügte aller-

²⁰ Moskva – »Vtoroj Jerusalem«, in: Argumenty i Fakty, 9.7.2003.

²¹ SZ, 22.1.2004; NZZ, 26.1.2004.

²² Zitiert in: Peter Baker, In Russia Terrorism Becomes a Fact of Life, in: Washington Post Foreign Service, 19.12.2003, S. A44.

Hauptanschläge seit Oktober 2002

23.–26. Oktober 2002

Geiselnahme im Musical-Theater an der Dubrowka. 41 mit Sprengstoff bewaffnete Täter, darunter 19 Frauen, bringen mehr als 800 Menschen in ihre Gewalt. Die Polizei beendet die Geiselnahme unter Einsatz von Giftgas: 129 Geiseln und alle 41 Geiselnnehmer kommen ums Leben.

27. Dezember 2002

Sprengstoffanschlag auf den Regierungssitz in Grosny: 72 Todesopfer. Schamil Bassajew bekennt sich zu dem Anschlag.

12. Mai 2003

Anschlag auf einen Kontrollposten in Snamenskoje im Norden Tschetscheniens. Der Anschlag galt offenbar einem Stützpunkt des FSB: 60 Todesopfer.

14. Mai 2003

Eine mit Sprengstoff bewaffnete Frau verübt einen Anschlag auf Kadyrow bei einem religiösen Fest in Ilis'chan-Jurt: 16 Todesopfer.

5. Juni 2003

Bei Mosdok (Nordossetien) versucht eine Tschetschenin mit Sprengstoff in einen Militärbus einzudringen. Bei der Explosion sterben 18 Militär-angehörige.

5. Juli 2003

Zwei mit Sprengstoff bewaffnete Frauen verüben einen Selbstmordanschlag auf einem Freiluft-Rockkonzert in Tuschino (Moskau): 15 Konzertbesucher kommen ums Leben.

1. August 2003

Sprengstoffanschlag auf ein Militärhospital in Mosdok in Nordossetien: 50 Tote, davon 22 Militär-angehörige. Wiederum übernimmt Bassajew die Verantwortung.

5. Dezember 2003

Bombenanschlag auf einen Pendlerzug nahe der Stadt Jessentuki in Südrußland: 42 Todesopfer und 180 Verletzte. Wieder waren unter den Selbstmordattentätern Frauen. Erneut übernimmt Bassajew die Verantwortung für den Anschlag.

6. Februar 2004

Bombenanschlag in der Moskauer Metro: 40 Tote und 120 Verletzte. Die Behörden machen bei ersten Angaben »tschetschenische Selbstmordattentäter« verantwortlich.

dings hinzu, man werde eine solche Entwicklung erfolgreich unterdrücken. Das auffälligste Merkmal, das den Vergleich mit Palästina und anderen – vor allem im islamischen Kulturkreis gelegenen – Konfliktzonen provozierte, war die Häufung von Selbstmordanschlägen, die als »Märtyrerakte« ausgegeben wurden, und die Beteiligung von Frauen an ihnen.²³ Allein zwischen Mai und August 2003 wurden sieben Sprengstoffanschläge, bei denen 165 Menschen ums Leben kamen, von Frauen ausgeführt. Zur Erklärung dieses Phänomens gibt es zwei gegensätzliche Ansätze. Die eine wird am prominentesten von Anna Politkowskaja repräsentiert, der engagierten russischen Journalistin, die am meisten den Kontakt mit der

tschetschenischen Zivilbevölkerung aufrechterhält. Sie betont den spontanen Charakter entsprechender Aktionen und die Verzweiflung, die tschetschenische Frauen in eine für sie denkbar untraditionelle Rolle als Gewaltakteurin drängt. Rache für die getöteten männlichen Verwandten sei das Hauptmotiv. Tatsächlich führten bei einer Umfrage in Tschetschenien im August 2003 69% der Befragten Rache an den föderalen Truppen wegen der Gewalt gegenüber Zivilisten als Hauptgrund für Selbstmordattentate an, nur 8% den »Unabhängigkeitskampf«.²⁴

Der andere Ansatz stellt Fremdbeeinflussung und Organisiertheit von Selbstmordattentaten in den Vordergrund. Für Aleksandr Ignatenko, Mitglied des Rats für die Beziehungen zu religiösen Vereinigungen beim Präsidenten Rußlands, ist der für Terrorzwecke

²³ Vergleichsstudien dazu: Karla J. Cunningham, Cross-Regional Trends in Female Terrorism, in: *Studies in Conflict & Terrorism*, 26 (2003) 3, S. 171–197.

²⁴ <http://www.validata.ru/e_e/chechnya>.

genutzte Märtyrerkult (Schahidismus) ein Importprodukt, das durch ausländische Emissäre des Wahhabismus nach Tschetschenien hineingetragen wurde. Dahinter stehe eine ganze islamistische Industrie mit Ausbildungsstellen von Afghanistan bis Libanon. Diese Interpretation deckt sich mit der offiziellen Darstellung durch den Kreml, der die Selbstmordattentate als Indiz für die »Arabisierung« des tschetschenischen Terrorismus anführt. Laut Zeitungsberichten und Geheimdienstausagen werden vor allem unverheiratete Frauen von männlichen Verwandten, die in islamistischen Formationen kämpfen, unter Druck gesetzt und ausländischen Imamen zugeführt, die sie auf ihr Märtyrertum vorbereiten. Daß sie unter Drogen gesetzt werden, wie in gängigen Zeitungsberichten gerne behauptet wird, bestreitet Ignatenko. Für die Ausführung des Attentats sei Nüchternheit erforderlich. Zur Fanatisierung reiche die religiöse Suggestion aus.²⁵ Russische Sicherheitsdienste schätzten im Sommer 2003 die Zahl der zum Selbstmord bereiten und geschulten Akteure auf 150 Personen im Alter zwischen 16 und 30 Jahren.²⁶ Angeblich steht eine Frauenbrigade mit dem Namen »Riyad us Salih«, in der Selbstmordattentäterinnen ausgebildet werden, unter dem Kommando Schamil Bassajews.

In jedem Fall sind die Selbstmordattentate tschetschenischer Frauen ein Indiz dafür, wie sehr die Gewalt des zweiten Tschetschenienkriegs die lokale Gesellschaft deformiert hat. »Es ist unerhört für tschetschenische Frauen zu kämpfen. Sie sind traditionell die Haushaltswahrer und Friedensvermittler. Da muß sich was in der Welt tschetschenischer Männer definitiv verändert haben, wenn sie diese schreckliche neue Rolle für Frauen zulassen.«²⁷ Im ersten Krieg gab es keine Selbstmordanschläge und schon gar keine weiblichen Terroraktivitäten. Der erste Fall datiert vom Juni 2000, als eine Nichte des Kriegsherrn Arbi Barajew eine Kommandantur in der Siedlung Alchanjurt in die Luft sprengte. Auf den spontanen, zumindest nicht durchweg organisierten Charakter des Phänomens deuten dilettantische Attentatsversuche, bei denen nur die »Märtyrerin« selbst ums Leben kam. So ist eine Mischung aus Verzweiflung und Vorsatz, Spontaneität und Organisiertheit hinter dieser beson-

25 A. Ignatenko, Počemu šachidi ne bojatsja smerti [Warum die Märtyrer den Tod nicht fürchten], in: Komsomolskaja pravda, 8.7.2003.

26 Der Spiegel, 10.7.2003.

27 Aussage einer Expertin des Moskauer Orient-Instituts, zitiert in: The Christian Science Monitor, 12.6.2003.

deren Form der asymmetrischen Kriegführung zu vermuten.²⁸ Warum hat sie sich gerade im zweiten Tschetschenienkrieg herausgebildet? Nach 1999 ist praktisch keine tschetschenische Familie von Gewalt verschont geblieben. Der allergrößte Teil tschetschenischer Frauen hat die Tötung, Entführung oder Folterung von Männern, Söhnen, Brüdern oder anderen männlichen Verwandten durch russische Soldaten oder Angehörige der Kadyrow-Truppen zu beklagen. Viele Frauen wurden zu Vergewaltigungsopfern. Sexuelle Barbarei, ein Merkmal der »neuen Kriege«, gehört auch zum Erscheinungsbild dieses Krieges. Durch diese Gewalterfahrungen ist ein enormes Rachebedürfnis entstanden. Dieser emotionale Hintergrund schließt jedoch eine andere Quelle von Selbstmordattentaten nicht aus: die gezielte Rekrutierung von Frauen durch islamistische Akteure, darunter erfahrene Dschihad-Internationalisten.

Die Zunahme von Terroraktionen nach dem Verfassungsreferendum hat dazu geführt, daß Protagonisten des islamistischen Flügels der Rebellen von westlichen Staaten und internationalen Organisationen immer öfter auf offizielle Listen des Internationalen Terrorismus gesetzt werden.²⁹ Besonders die angebliche Verbindung zwischen tschetschenischen Untergrundkämpfern und Al-Qaida wurde zum Kernpunkt eines Anti-Terrorismus-Konsenses zwischen Moskau und dem Westen. Wenn es um die Beteiligung von Tschetschenen an anderen Fällen von Dschihad – etwa in Afghanistan oder im Irak – geht, hält diese Verbindung näherer Nachprüfung jedoch kaum stand.

28 Šachidizm: Vzgljad iz Čečni [Märtyrertum: Von Tschetschenien aus betrachtet], <<http://www.polit.ru/print/any?document=620556>>.

29 Im Juni 2003 setzten die Vereinten Nationen Selimchan Jandarbijew auf ihre Liste von Mitgliedern und Unterstützern von Al-Qaida. Er wird verdächtigt, an der Vorbereitung der Geiselnahme in Moskau vom Oktober 2002 beteiligt gewesen zu sein. Ein Hauptverantwortlicher für diesen Anschlag, Schamil Bassajew, wurde zwei Monate später von den USA auf ihre Liste der meistgesuchten Terroristen gesetzt. Am 8. August bezeichnete Außenminister Powell ihn als einen Organisator terroristischer Akte, die sich gegen amerikanische Interessen richten. Wegen seiner angeblichen Verbindungen zum Al-Qaida-Netzwerk hätten Washington, London und Moskau die UN-Mitgliedstaaten aufgefordert, jede Proliferation von Waffen und jede Finanzhilfe an Bassajews Gefolgschaft zu unterbinden. Bereits im Februar, in engem zeitlichem Zusammenhang mit den Vorbereitungen des Kreml für ein Verfassungsreferendum in Tschetschenien und mit Washingtons Irak-Kriegs-Diplomatie, hatten die USA drei tschetschenische »Organisationen« im Umfeld Bassajews auf die Terrorliste des State Department gesetzt.

In bezug auf Kämpfe der Taliban und Al-Qaida in Afghanistan vor und nach dem 11. September 2001 bleibt festzuhalten, daß sich unter den über 600 Gefangenen von Guantanamo zwar acht mehrheitlich muslimische Staatsbürger Rußlands befinden, aber kein Tschetschene. Nun sollen Tschetschenen auch bei Kämpfen im Irak getötet worden sein, wie der stellvertretende Kommandeur der anglo-amerikanischen Koalitionstruppen im Irak im Juni 2003 mitteilte. Doch Nachfragen des amerikanischen Tschetschenienkomitees, woraus die US-Streitkräfte schließen, daß es sich bei den Gefallenen um Tschetschenen und nicht um russischsprachige Muslime anderer Nationalität handle und welche Dokumente bei ihnen gefunden wurden, blieben unbeantwortet. Der britische Premier Blair mußte sogar vor dem Unterhaus des Parlaments einräumen, daß Behauptungen über die tschetschenische Verbindung nach Irak nicht verifiziert seien.³⁰ Nachweisbar ist nur die Tatsache, daß Tschetschenien vorübergehend eine Station in der Dschihad-Karriere einiger Al-Qaida-Kader war. Dagegen steht der Beweis für die Verwicklung von Tschetschenen in die Planung und Durchführung eines antiwestlichen Terrorakts der Al-Qaida noch immer aus.³¹

Die Stellung Aslan Maschadows

In Hinsicht auf politische Lösungsperspektiven des Tschetschenienkonflikts spielt die Stellung Aslan Maschadows innerhalb des Widerstandslagers eine entscheidende Rolle. Maschadow war im Januar 1997 mit 59% der abgegebenen Stimmen zum Präsidenten der »tschetschenischen Republik Itschkerien« gewählt worden und repräsentiert heute die tschetschenische »Untergrundregierung«. Im Mittelpunkt steht die Frage nach seinem Verhältnis zum islamistischen Flügel des bewaffneten Widerstands gegen die russischen Truppen: Setzt sich Maschadow deutlich genug und nicht nur deklaratorisch von Gewaltakteuren ab, die nicht nur in Moskau, sondern international als Terroristen qualifiziert werden? Die Antwort ist nicht eindeutig, da sich in einem Wust aus Informationen und Desinformationen auf diversen Websites widersprüchliche Äußerungen finden. Maschadow und die Untergrundregierung distanzieren sich zwar regel-

mäßig von Terroraktionen, für die sich Bassajew verantwortlich erklärt. Gleichzeitig behauptet Maschadow, alle Widerstandskräfte unter seiner Kontrolle zu haben. Wie kann es dann zu den Terrorakten kommen, von denen sich Maschadow distanziert, denen er aber nicht Einhalt gebietet oder gebieten kann?

Einerseits wird Maschadow im Westen als Protagonist einer säkularen tschetschenischen Unabhängigkeitsoption dargestellt – in deutlichem Kontrast zu den islamistischen Parolen, mit denen seine radikalen Gegner Gewalt ideologisch legitimieren. Andererseits bezieht auch er Termini wie »Mudschahedin« in die Kampfrhetorik ein.³²

Maschadows derzeit in London ansässigen Stellvertreter Sakajew, dem im November 2003 ein britisches Gericht das Recht auf politisches Asyl zusprach und damit ein russisches Auslieferungsbegehren aufgrund »terroristischer Gewalttaten« abwies, stellt das Verhältnis zwischen dem »moderaten« und dem »radikalen« Widerstandssegment folgendermaßen dar: Die Untergrundregierung halte Kontakte zu radikalen Widerstandsgruppen, um diese von extremistischen Handlungen abzuhalten. Politisch habe Bassajew stets in scharfer Opposition zu Maschadow gestanden: »Wenn Frieden einkehrt, werden wir wahrscheinlich wieder gegensätzliche Pole des politischen Spektrums bilden. Aber das ist derzeit nicht die Realität, wo russische Soldaten fortgesetzt morden.«³³ Bassajew sei aber aller Posten in der Untergrundregierung enthoben und bleibe dies auch, solange er an »inakzeptablen Methoden der Kriegführung« festhalte. Laut Aussage aktiver Untergrundkämpfer liegt die Hauptkontroverse in der Haltung zu Selbstmordattentaten als Taktik des Widerstands. Für Bassajew ist dies ein legitimes Mittel im asymmetrischen Kampf gegen russische Truppen und ihre tschetschenischen Helfer; dabei werden selbst Anschläge wie der auf den Pendlerzug bei Jessentuki am 5. Dezember 2003 gerechtfertigt, bei denen ausschließlich konfliktunbeteiligte Zivilisten ums Leben kamen. Dagegen ist dieses Vor-

³² In einem im Juni 2003 an AFP übermittelten Video, dessen Authentizität freilich umstritten ist, äußerte sich Maschadow in dem oben skizzierten widersprüchlichen Sinne: Einerseits leugnet er jegliche Verbindung der offiziellen Führung der »tschetschenischen Republik Itschkerien« zu Selbstmordanschlägen und Terroraktionen, die Zivilisten in Mitleidenschaft ziehen. Andererseits konstatiert er die Geschlossenheit der tschetschenischen Widerstandskräfte, wobei er die bewaffneten Kämpfer pauschal als »Mudschahedin« bezeichnet; Nachdruck des Interviews in Chechenpress vom 17.6.2003, <http://www.chechenpress.com/news/06_2003/10_17_06.shtml>.
³³ Jamestown Chechnya Weekly, IV (19.6.2003) 22, S. 6.

³⁰ Jamestown Chechnya Weekly, IV (17.7.2003) 26.

³¹ Dazu: Brian Glyn Williams, The »Chechen Arabs«: An Introduction to the Real Al Qaeda Terrorists from Chechnya, <http://www.jamestown.org/publications_details.php?volume_id=391&issue_id=2899&article_id=23470>.

gehen für Maschadow, Ruslan Gelajew und andere Feldkommandeure eine »inakzeptable Methode der Kriegführung«.³⁴

Im Jahr 2002 war eine Allianz zwischen Maschadow und dem radikalen Flügel der »bojewiki« gebildet worden. Damals wurde im zersplitterten Lager der bewaffneten Rebellen ein militärischer Konzentrationsprozeß beobachtet.³⁵ Angesichts der dezentralen Struktur und Tradition des tschetschenischen Widerstands wurde dabei aber an einer realen Kommandogewalt Maschadows über größere Teile des bewaffneten Untergrunds Zweifel laut. Die Allianz zwischen Maschadow und Bassajew war insbesondere für die westliche Wahrnehmung verwirrend, da sie die Unterscheidungslinie zwischen einem »moderaten« und »radikalen«, einem »separatistischen« und einem »islamistischen« Flügel im Widerstandslager verwischte. In der vorhergehenden Entwicklung war Maschadow offenbar im Widerstandslager marginalisiert worden.³⁶ Im Juni 2002 wurde die Union zwischen Maschadow und seinen Opponenten auf einer vom Sender Al-Djazira übertragenen Pressekonferenz bekannt gegeben. Maschadow fungierte dabei als formeller Oberbefehlshaber der Partisanen, Bassajew als ihr faktischer Kommandant. Ohne diesen Kompromiß wäre Maschadow kaum aus der Marginalität herausgekommen. Daß sich Maschadow auf seine radikalen Gegner einließ, bestärkte das Bild des Zauderers, der sich bereits in der Zwischenkriegszeit von den Wahhabiten nicht entschieden genug distanziert hatte. Die Kooperation mit den Radikalen wurde besonders durch das Moskauer Geiseldrama vom Oktober 2002 kompromittiert. Maschadow distanzierte sich wieder von Bassajew, der sich als Drahtzieher der Geiselnahme und nachfolgender Terrorakte herausstellte.

Namhafte Tschetschenien-Beobachter wie Anna Politkowskaja bezweifelten, daß in dem Verhältnis Maschadow-Bassajew der gewählte Präsident Tschetscheniens tonangebend ist. Sie vermuteten, daß Macht und Einfluß der »Islamisten« gegenüber den »Separatisten« gewachsen ist.³⁷ Der Journalist Andrej Babitski berichtete nach einem Besuch im tschetsche-

nischen Untergrund im August 2003, die Rebellen seien besser bewaffnet und stärker von Dschihad-Ideologie geprägt als zuvor. Sein letzter Besuch im »bewaffneten Itschkerien« lag zwei Jahre zurück. Vor allem unter den jungen Kämpfern sei der Einfluß islamistischer Ideologie gewachsen.³⁸

Zweifelhaft ist deshalb, ob Maschadow heute den Großteil des bewaffneten Untergrunds kontrolliert, wie seine Repräsentanten und er selbst behaupten. Auch sein politisches Gewicht in der tschetschenischen Bevölkerung ist schwer zu bestimmen. Gleichwohl bleibt er der einzige Ansprechpartner für Verhandlungen Moskaus mit den eigentlichen politischen und militärischen Gegnern im Tschetschenienkonflikt. Er hat stets den Dialog angeboten und hatte sich als pragmatischer Verhandlungspartner bei der Beendigung des ersten Tschetschenienkriegs erwiesen. Moskaus entscheidendes Versäumnis war es, Maschadow nicht zu unterstützen, nachdem er 1997 zum Präsidenten der »tschetschenischen Republik Itschkerien« gewählt worden war und bevor er – von seinen radikalen Opponenten in die Enge getrieben – nur noch als nomineller Präsident eines Tschetschenien fungierte, das sich im Kampf eigensüchtiger Warlords zerrieb. Damals hatte Maschadow wiederholt bekundet, mit Rußland in ein pragmatisches Verhältnis treten zu wollen, bei dem über alle Formen der Zusammenarbeit mit Ausnahme der direkten Wiedereingliederung Tschetscheniens in die Russische Föderation verhandelt werden könne.

Gewalt auf der Seite der russischen »Ordnungshüter«

Den zahlreichen tschetschenischen Guerilla- und Terroraktionen steht eine lange Liste von Gewalttaten gegenüber, die von den vereinigten russischen Streitkräften an der Zivilbevölkerung in Tschetschenien ausgeübt wurden. Im Jahr 2003 wurde das Ausmaß extralegalen und außerhalb des unmittelbaren Kampfes geschehens stattfindender Gewaltakte zunehmend von offiziellen Stellen der tschetschenischen Lokalverwaltung dokumentiert. Eine französische Korrespondentin berichtete von einer diesbezüglichen 30seitigen Dokumentation, deren Authentizität von Moskau allerdings bestritten wurde. Da ist die Rede

³⁴ Umalt Dudayev in Grozny, Chechnya: The Fighting Goes On, <http://www.iwpr.net/index.pl?archive/cau/cau_200401_214_1_eng.txt>.

³⁵ Siehe z.B. Said Hassan *Abumuslimow*, ein Vertreter Maschadows, in: *Der Spiegel*, (2002) 44, S. 143.

³⁶ Vjačeslav *Av'juckij*, Chajder Mili: Geopolitika separatizma, in: *Central'naja Azija i Kavkaz*, 26 (2003) 2, S. 7–15.

³⁷ *Novaja gazeta*, 18.8.2003.

³⁸ RFE/RL, 14.8.2003, <<http://www.rferl.org/features/2003/08/14082003155502.asp>>.

von 1314 allein im Jahre 2002 ermordeten Zivilisten.³⁹ Schon zuvor – im Februar 2003 – hatte ein für verschwundene Personen zuständiger tschetschenischer Beamter ähnliche Angaben gemacht: Danach waren 1178 Zivilisten in den ersten neun Monaten des Jahres 2002 ermordet worden. Ein stellvertretender Premierminister Tschetscheniens und Verbindungsmann zum russischen Geheimdienst, Mowsur Chamidow, teilte mit, in beiden Kriegen seien 2500 Tschetschenen spurlos verschwunden, und es seien bisher 49 Massengräber gefunden worden.⁴⁰

Laut Aussage tschetschenischer Verwaltungsstellen wurden 2002 jeden Monat mehr als 100 Zivilisten entführt. Ende April 2003 gab der Sekretär des tschetschenischen Sicherheitsrats, Rudnik Dudajew, im lokalen Fernsehen offiziell zu, daß russische Einheiten regelmäßig in Schützenpanzern mit verdeckten Nummernschildern in die Dörfer fahren und Menschen mitnehmen würden.

Verschleppungsaktionen, die von Sondereinheiten bestimmter Gewaltorgane – zum Beispiel des militärischen Geheimdiensts (GRU), des Inlandsgeheimdienstes FSB und des Innenministeriums – organisiert werden, sind gewissermaßen das Instrument asymmetrischer Kriegführung auf der Seite der Staatsgewalt. Ein Offizier des GRU, der eine Einheit im südlichen Landesteil Tschetscheniens leitet, schilderte solche Kampfmethoden der »Terrorismusbekämpfer«: Bei den Verschwundenen und Ermordeten handle es sich zu 30% um Opfer krimineller Konkurrenz zwischen den Tschetschenen selbst, zu 20% gingen sie auf das Konto der Rebellen und seien Strafe für Verrat oder Kollaboration mit dem Feind: »Und wir vernichten die restlichen 50%«. Es gebe keine andere Lösung. Großangelegte und sichtbare Operationen seien zwecklos. Erforderlich seien vielmehr präzise ausgeführte nächtliche Aktionen. Man könne Gesetzlosigkeit eben nur mit gesetzlosen Methoden bekämpfen. Mitunter fielen solchen Aktionen auch Unschuldige zum Opfer, die zum Beispiel von anderen Tschetschenen denunziert wurden. »Wenn wir das herausbekommen, ist es meist zu spät. Der Mann existiert dann schon nicht mehr.«⁴¹ Laut Aussage des bereits zitierten Mowsur Chamidow

fingierten FSB-Akteure in einigen Fällen Anlässe für »Säuberungsaktionen« und »Sondermaßnahmen« selbst – als angebliche Gewaltakte der Rebellen.⁴²

Internationale Menschenrechtsorganisationen machen seit langem auf die systematische Dezimierung der männlichen Bevölkerung Tschetscheniens durch solche »Sonderaktionen« aufmerksam.⁴³ Dabei hatte Rußland bei der Wiederaufnahme von Militäraktionen in Tschetschenien 1999 den Schutz der lokalen Bevölkerung vor dem Terror der Warlords und Wahhabiten als offiziellen Grund geltend gemacht. Der damalige Ministerpräsident Tschernomyrdin bezeichnete das militärische Eingreifen gar als humanitäre Aktion. Der Direktor des Moskauer Kaukasus-Instituts, Alexander Iskanderjan, sah dies von Anfang an ganz anders: Der Feldzug sei nicht gegen »Terroristen«, sondern gegen die Tschetschenen als Volk gerichtet – und dieses Ziel finde in der russischen Gesellschaft Unterstützung.⁴⁴

Gewaltökonomisierung und Kriegsunternehmertum

Als ein zentraler Aspekt »postmoderner Kriege« wird in der Literatur Gewaltökonomisierung hervorgehoben. Sehr deutlich zeigt sich im zweiten Tschetschenienkrieg, was damit gemeint ist. Dieser Krieg verlangt Rußland zwar einen hohen Preis ab und droht Tschetschenien restlos zu zerstören, aber er ernährt seine unmittelbaren Betreiber auf beiden Konfliktseiten. Illegale Ölgeschäfte, Menschenhandel, Waffenschlepperei und andere Erwerbsformen gehören zu kriegsbedingten Einkommensquellen, die Geschäftspartner auf beiden Seiten der Frontlinien miteinander verbinden. In der Zwischenkriegszeit und der Periode faktischer Unabhängigkeit von Rußland (1997–1999) hatte sich in Tschetschenien bereits ein extremes Ausmaß von Gewaltökonomie entwickelt, aus der Geiselnahme und Sklavenhandel als organisierte Gewerbe

⁴² Florian Hassel, Der zweite Tschetschenienkrieg. Eine Unterwerfungskampagne in imperialer Tradition, in: Hassel, Krieg im Schatten [wie Fn. 2], S. 36.

⁴³ Human Rights Watch, The Dirty War in Chechnya: Forced Disappearances, Torture and Summary Executions, March 2001, <<http://www.hrw.org/reports/2001/chechnya/>>; Swept Under: Torture, Forced Disappearances, and Extrajudicial Killings during Sweep Operations in Chechnya, February 2002, <<http://www.hrw.org/reports/2002/russchech/>>.

⁴⁴ Alexander Iskanderjan, in: Wostok, (2000) 1, S. 99; vgl. Malek, Tschetschenien als Beispiel der Asymmetrie [wie Fn. 1], S. 197.

³⁹ Natalie Nougayrede, Massacres en Tschétchénie: un document officiel accable l'armée russe, in: Le Monde, 12.4.2003.

⁴⁰ Umal Dudayev in: Caucasus Reporting Series (CRS), (9.5.2003) 178.

⁴¹ Markus Wehner, Diesen Menschen gibt es schon nicht mehr, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 28.4.2003; ausführlich dazu in: Jamestown Chechnya Weekly, IV (10.7.2003) 25, S. 3–5.

besonders herausragten. Der Politologe Andrej Piontkowski, Direktor des Zentrums für strategische Studien in Moskau, stellt in einer vernichtenden Kritik am Tschetschenienkrieg die Frage: »Sind wir in Tschetschenien einmarschiert, um den Sklavenhandel zu beenden oder um uns selbst dabei ins Geschäft zu bringen?«⁴⁵ Russische Akteure hatten sich schon vor dem Krieg ins Geschäft gebracht. An den im Tschetschenien der Zwischenkriegszeit getätigten kriminellen Geschäften, insbesondere an illegalen Ölgeschäften, waren zumeist Partner in Rußland beteiligt.

Die Tatsache krimineller Erwerbstätigkeit innerhalb der in Tschetschenien stationierten russischen Streitkräfte wird von offiziellen Funktionsträgern bestätigt. Die Zeitung *Nezavisimaja gazeta* beruft sich in einem Artikel auf einen ihr vorliegenden offiziellen Bericht des obersten Staatsanwalts Tschetscheniens, der detailliert auf den Diebstahl von Finanzmitteln für den Wiederaufbau in der Republik eingeht und darlegt, daß Teile des Militärs und der Miliz systematisch das Gesetz verletzen und illegale Geschäfte betreiben. Der Zeitungskommentar dazu: »Mit anderen Worten, die Militärs in Tschetschenien treten nicht so sehr für die Einhaltung einer verfassungsgemäßen Ordnung als für die Konservierung einer kriminellen Situation ein. Sie sind kein Faktor von Stabilität, sondern eine Quelle illegaler Gewalt.«⁴⁶

Die »Säuberungsaktionen«, die russische Streitkräfte unter der tschetschenischen Zivilbevölkerung durchführen, sind eine relevante Quelle der Beutenahe. Handel wird hier auch mit den Leichen gefallener oder ermordeter Tschetschenen betrieben, für die hohe Lösegelder gezahlt werden müssen, um eine traditionsgemäße Bestattung zu ermöglichen. Eine Haupteinnahmequelle gewöhnlicher Soldaten sind die zahlreichen »blokposty« in und um Grosny und in den Grenzgebieten Tschetscheniens, an denen Passanten regelmäßig zur Kasse gebeten werden. Eine russische Expertin, die sich besonders mit dem illegalen Ölgeschäft auf beiden Konfliktseiten beschäftigt hat, gelangte 2001 zu folgendem Schluß: »Die Maßstäbe dieser Schattengeschäfte gehen über die Wirtschaft hinaus und haben weitreichende politische Konsequenzen. Illegale Geschäftsbeziehungen, die russische Militärs mit tschetschenischen Kämpfern verbinden, verändern die Situation in Tschetschenien völlig. Rus-

sische Militärs zeigen dann nämlich Interesse an der Fortsetzung des Kriegs.«⁴⁷

Zum transnationalen Charakter des Konflikts

Seit langem verfährt sich die russische Deutung der Gewalt in Tschetschenien in einem Widerspruch zwischen Internalisierung und Externalisierung des Konflikts. Einerseits beharrt Moskau auf dem »innerstaatlichen« Charakter: Tschetschenien sei eine rein innerrussische Angelegenheit, in die sich die Staatengemeinschaft nicht einzumischen habe und mit der Rußland allein fertig werde. Andererseits stellt es sein militärisches Vorgehen als einen Abwehrkampf gegen grenzüberschreitende islamistische Aggression und internationalen Terrorismus dar. Letztere Darstellung gewann im zweiten Tschetschenienkrieg die Oberhand – im Gegensatz zum ersten Krieg, der von Moskau eher mit einer Dominotheorie in Hinsicht auf die Notwendigkeit von Sezessionsabwehr begründet wurde. Gleich zu Beginn der zweiten Militärkampagne, im September 1999, erklärte Präsident Putin, der erneute Konflikt mit Tschetschenien »ist kein Bürgerkrieg, sondern ein Krieg gegen Rußland, den uns der internationale Terrorismus mit dem Ziel erklärt hat, Territorien mit reichen Bodenschätzen zu ergreifen ... Die Terroristen werden vom Ausland trainiert, finanziert und entsandt.«⁴⁸ Diese These wurde in einer Mitteilung des russischen Innenministeriums im Sommer 2000 auf die Spitze getrieben. Dort hieß es, die aktiven Bandenformationen, auf die russische Streitkräfte in Tschetschenien treffen, beständen nur noch zu einem Viertel aus Tschetschenen. Der größere Teil seien ausländische Söldner aus 15 Ländern.⁴⁹ Einige dieser Behauptungen spielten

⁴⁷ Sanobar Šermatova, Rol' neftjannogo faktora v čečenskom konflikte [Die Rolle des Ölfaktors im Tschetschenienkonflikt], in: *Central'naja Azija i Kavkaz*, No. 5 (17) 2001, S. 86–93 (92). Vgl. Uwe Halbach, Erdöl und Identität im Kaukasus, in: *Internationale Politik und Gesellschaft*, (2003) 1, S. 140–166.

⁴⁸ Zitiert in: *Rossijskaja gazeta*, 25.9.1999.

⁴⁹ Die in Tschetschenien kämpfenden Mudschahedin würden von mehr als 60 extremistischen islamischen Organisationen aus 30 Ländern und 10 GUS-Staaten unterstützt. In bezug auf den GUS-Raum hob der Bericht nationalistische ukrainische Organisationen hervor. Finanzielle Unterstützung fließe dem Widerstand von mehr als 100 ausländischen Firmen und 10 Bankengruppen zu. Die in Tschetschenien kämpfenden Söldner seien bestens ausgebildet und in Lagern islamistischer Extremisten für Diversions- und Terroraktionen geschult worden. Allein in Afghanistan hätten

⁴⁵ Andrej Piontkovskij, *Russia Has Lost the War in Chechnya*, in: *Jamestown Chechnya Weekly*, IV (16.10.2003) 37, S. 5.

⁴⁶ *Nezavisimaja gazeta*, 16.4.2003; Auszüge aus dem Bericht in derselben Zeitung, 13.3.2003.

schon im ersten Tschetschenienkrieg eine propagandistische Rolle.

Sie stießen allerdings auch bei Analysten in Rußland auf Skepsis. Gegen die Mitteilungen russischer Militärs über Kämpfe, bei denen Hunderte Freischärler – »in ihrer Mehrheit Araber« – getötet würden, wandte der Kaukasusexperte Alexander Iskanderjan ein, daß man im Gelände Tschetscheniens nicht in Hunderte Mann starken Formationen kämpft. Solche Meldungen würden an die sowjetische Propaganda im Afghanistankrieg erinnern.⁵⁰ Nichtstaatliche russische Quellen und ausländische Beobachter behaupten, die größte Unterstützung in Hinsicht auf ihre Bewaffnung erführen die »bojewiki« durch ihren militärischen Gegner selbst, durch die föderalen Streitkräfte im Nordkaukasus. Laut Aussage Ruslan Chasbulatows stammen mehr als 80% ihrer Waffen aus den Lagern der russischen Armee. Der Widerstand deckt sich beim Gegner mit Waffen ein, und zwar weniger durch Eroberung als durch schlichten Kauf – ermöglicht durch die enorme Korruption in den russischen Streitkräften.⁵¹

Nach dem Geiseldrama von Moskau im Oktober 2002 wies Moskau noch verstärkt auf arabische Einflüsse auf den Untergrundkampf in Tschetschenien hin. Demnach spielen arabische extremistische Organisationen die Hauptrolle bei der externen Steuerung und Finanzierung der seit Mai 2003 vermehrten Selbstmordattentate in Tschetschenien und Rußland. Hinter den neuesten Anschlägen stünden Finanzzuflüsse aus dem Mittleren Osten, die nun »abgearbeitet werden«. Über arabische Banken laufende Gelder würden von Kurieren nach Tschetschenien gebracht und dort von arabischen Emissären verwaltet. Allerdings sei es den russischen Geheimdiensten gelungen, diese Zufuhr zu drosseln. Als zentrale Verbindungs-

figur zwischen tschetschenischen »bojewiki« und extremistischen Gruppen im Ausland wird ein saudischer Staatsbürger mit dem Pseudonym Abu Walid identifiziert. Sein Name wird in russischen Quellen als Beweis für die These herangezogen, Legionen von Al-Qaida-Kadern seien am Untergrundkampf in Tschetschenien beteiligt.⁵² Quantitative Angaben zur Beteiligung arabischer oder anderer ausländischer Mudschahedin am Untergrundkampf in Tschetschenien schwanken aber ebenso extrem wie die Angaben zur Gesamtstärke des bewaffneten Gegners.

Die Reduktion des Konflikts zwischen Rußland und Tschetschenien auf islamistische Gewalt stellt eine einseitige, propagandistisch gefärbte Konfliktdeutung dar. Ausgeblendet wird dabei die historische Dimension eines Konflikts, der tief in der russischen Kolonialgeschichte verwurzelt ist. Jenseits dieser interessegeleiteten Interpretation wird aber auch von Kritikern der russischen Kriegspropaganda nicht in Frage gestellt, daß Kräfte des militanten Islamismus den radikalen Flügel im Rebellenlager bilden und Unterstützung aus dem Ausland erhalten und Solidarität in der islamischen Welt erfahren.

Bei Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit militanten islamistischen Zellen in Europa taucht Tschetschenien als Solidarisierungsthema verstärkt auf. So kursieren auch in der islamistischen Szene Deutschlands Videos mit Titeln wie »Tschetschenien – Geschichte und Heiliger Krieg« oder »Die Tragödie der Muslime in Tschetschenien«.⁵³ Einige Muslime aus Deutschland sind bereits in Tschetschenien getötet worden. In einem Bericht des BKA vom Mai 2003 wird zum Beispiel darauf hingewiesen, daß sich islamistische Netzwerke in der arabischen Welt und anderen Regionen mit den tschetschenischen Glaubensbrüdern zunehmend solidarisieren. Botschaften und Konsulate Rußlands im Ausland wurden auf die Liste der Ziele

9 solcher Lager existiert, in Pakistan 10 Schulungszentren. Ähnliche Lager befänden sich in Albanien, Bosnien und im Libanon. Sie entstünden aber in wachsendem Maße entlang der schlecht gesicherten Südgrenzen Rußlands in kaukasischen und mittelasiatischen Staaten; *Nezavisimaja gazeta* (Internetversion), 9.8.2000.

⁵⁰ Alexander *Iskanderjan*, Tschetschenien – der Krieg wird jünger, in: *Wostok*, (2000) 3, S. 7–9.

⁵¹ Jamestown Chechnya Weekly, IV (19.6.2003) 22, S. 4. Dazu auch der Bericht von Andrej Babickij von seinem letzten Besuch im »Rebellenlager« im Sommer 2003 (RFE/RL, 14.8.2003; wie Fn. 38): Die Rebellen bekämen alle Waffen von russischen Soldaten. Dabei fungieren tschetschenische Jugendliche als Zwischenhändler und Mittelsmänner. Munition wird gegen Wodka oder kleinere Geldbeträge von jungen russischen Wehrdienstleistenden erworben.

⁵² Abu Walid, eigentlicher Name: Abd al Aziz Bin Ali Said Al Said Al Ghamdi, übernahm die Führung arabischer Kämpfer in Tschetschenien nach dem Tod des sogenannten »Emir Chattab« (Samer Bin Saleh Bin Abdullah Al Swelim) im Jahr 2002. Er hat sich in Afghanistan, Tadschikistan und anderen Teilen Zentralasiens, in Bosnien und seit 1995 in Tschetschenien an Kämpfen beteiligt. Abu Walid hat in der arabischen Presse und auf der pro-tschetschenischen Website Qoqaz.net seine Einstellung zum Dschihad publiziert und gehört inzwischen zu den bekanntesten »Mudschahedin« saudischer Provenienz, die im Ausland agieren. Siehe: M. B. *Nokhcho*/Glen E. *Howard*, Chechnya's Abu Walid and the Saudi Dilemma, in: Jamestown Foundation Terrorism Monitor, 1 (15.1.2004) 9.

⁵³ SZ, 28.6.2003.

von Terroranschlägen neben »klassischen« Zielen wie amerikanische, britische, israelische und jüdische Einrichtungen gesetzt.⁵⁴ Der liberale russische Politiker Boris Nemtsov erwähnte eine islamistische Website, die im Sommer 2003 eine Umfrage unter Bürgern arabischer Staaten über die Ausweitung militärischer Aktionen tschetschenischer Mudschahedin auf ganz Rußland durchgeführt hat. 78% der Respondenten befürworteten dies.⁵⁵ Am 18. November 2003 strahlte der arabische Sender Al-Djazira ein Video aus, in dem der bereits erwähnte Abu Walid die Ausweitung von Gewalt auf ganz Rußland durch weitere Selbstmordattentate ankündigte. Doch Tschetschenien ist bei weitem nicht nur ein Thema für militant-islamistische Kreise. Für die islamische Welt stellt sich unabhängig von der Haltung der jeweiligen Landesregierung gegenüber Rußland und seiner Tschetschenienpolitik die Gewalt russischer Streitkräfte gegen die tschetschenische Zivilbevölkerung als Glied in einer Kette von »Aggressionen gegen Muslime« dar. Als Kristallisationspunkt islamistischer Solidarität steht Tschetschenien zwar hinter Irak, Afghanistan oder Palästina noch deutlich zurück. In Pakistan sollen Imame Tschetschenien in ihre Freitagsgebete aber bereits einschließen – nach Kaschmir und Palästina.

Kosten und Opfer

Es gibt keine verlässlichen Zahlenangaben zu den **humanitären Kosten** des zweiten Tschetschenienkriegs. Schätzungen besagen, daß zwischen 10% und 20% der Bevölkerung Tschetscheniens in beiden Kriegen, also seit 1994, ums Leben kamen. Für den ersten Krieg schwanken die Angaben zwischen 35 000 und mehr als 100 000 Todesopfer. Beim zweiten Krieg gaben offizielle russische Stellen weit weniger zivile Todesopfer an (14 000 zwischen Kriegsbeginn im Herbst 1999 und Herbst 2002). Menschenrechtsorganisationen bezifferten dagegen im Spätsommer 2002 die Opfer in der tschetschenischen Bevölkerung mit 80 000 Toten.⁵⁶ Das bedeutet in jedem Fall weit über 100 000 Todesopfer seit 1994 in einer Bevölkerung, die vor dem Krieg knapp über der Millionen-grenze gelegen hatte. Hinzu kommen als Folge des zweiten Krieges 300 000 Flüchtlinge und Vertriebene

(IDP), von denen nur ein Teil in ihre Heimatorte zurückgekehrt ist. Die Bereitschaft der russischen Streitkräfte, zivile Opfer in hoher Zahl in Kauf zu nehmen, veranlaßte schon im ersten Krieg das Holocaust Museum Committee on Conscience in Washington dazu, Tschetschenien auf seine Genocide Watch List zu setzen.

Unzuverlässig sind auch die Zahlen der gefallenen Soldaten auf der Seite der föderalen Streitkräfte. Die letzte offizielle Angabe stammt vom Februar 2003, als der Pressedienst des russischen Verteidigungsministeriums die Zahl der zwischen Oktober 1999 und Dezember 2002 Gefallenen mit 4572 angab.⁵⁷ Ganz andere Zahlen präsentierten zu diesem Zeitpunkt Nichtregierungsorganisationen wie das Komitee der Soldatenmütter: Sie gingen davon aus, daß zwischen 11 000 und 14 000 Soldaten ihr Leben auf dem kaukasischen Kriegsschauplatz verloren hatten.

Ebenso unklar sind die **ökonomischen Kosten** und die Höhe der Kriegsfinanzierung. Schätzungen klaffen hier weit auseinander. Zwei der entschiedensten Kriegsgegner in Rußland, Iwan Rybkin und der russische Politiker tschetschenischer Abstammung Ruslan Chasbulatow, schätzten die Kosten und Schäden beider Tschetschenienkriege auf 100 Mrd. Dollar, was jedoch nicht verifiziert ist. Die Frage ist, inwieweit ein – ökonomisch derzeit erstarkendes – Rußland den sozialökonomischen Wiederaufbau der zerstörten Kaukasusrepublik leisten kann und inwieweit es – entgegen seiner Darstellung, Tschetschenien sei ausschließlich seine eigene Angelegenheit – dafür ausländische Hilfe in Anspruch zu nehmen gedenkt. Außenminister Iwanow signalisierte westlichen Amtskollegen bereits, daß eine finanzielle Beteiligung ihrer Länder am Wiederaufbau Tschetscheniens willkommen sei, und der US-Botschafter in Moskau stellte für den Fall einer »politischen Lösung« einige Milliarden Dollar in Aussicht.⁵⁸ Die EU ist bereits der größte Geber für humanitäre Projekte im Umfeld des Kriegs (Tschetschenien, Dagestan, Inguschetien). Rußland hat zwischen 2000 und 2003 rund 28 Mrd. Rubel (knapp eine Milliarde Dollar) aus dem föderalen Haushalt Wiederaufbauzwecken in Tschetschenien zugewiesen, wovon allerdings ein beträchtlicher Teil im Korruptionsdschungel verschwand.⁵⁹

⁵⁴ FAZ, 22.5.2003.

⁵⁵ IHT, 11.7.2003.

⁵⁶ Zu den Zahlenangaben und ihren Quellen siehe *Malek*, Tschetschenien als Beispiel der Asymmetrie [wie Fn. 1], S. 201–203.

⁵⁷ *Izvestija*, 19.2.2003.

⁵⁸ Martin *Malek*, Tschetschenien und der Westen. Zwischen Gleichgültigkeit und »Realpolitik«, in: Europäische Rundschau, (2003) 3, S. 77–82, bes. 78f.

⁵⁹ 2000: 7,5 Mrd. Rubel (267 Mio. US-Dollar), 2001: 11,4 Mrd. Rubel (390 Mio. US-Dollar), 2002: 4,5 Mrd. Rubel (142 Mio.

Zu den **sozialen Kosten** für die russische Gesellschaft gehört die Tatsache, daß eine sehr hohe Zahl von Soldaten mit der oben dargestellten Gewaltenthebung in Berührung kommt. Durch schnelle Rotation unter Wahrung einer hohen Stationierungsstärke wurden seit 1999 Hunderttausende Russen im wehrdienstfähigen Alter nach Tschetschenien geschickt und dort mit extremer Gewalt und Kriminalität konfrontiert. Eine hohe Zahl traumatisierter junger Menschen kehrt in die russische Gesellschaft zurück, was Soziologen und Psychologen vor einer Brutalisierung dieser Gesellschaft warnen läßt. Iwan Rybkin wies 2002 auf Berichte des russischen Innenministeriums über die überdurchschnittlich starke Verwicklung von Kriegsveteranen in Schwerst- und Gewaltkriminalität hin.⁶⁰

Für Tschetschenien selbst sind die sozialen Kosten unermesslich. Im Unterschied zum ersten Krieg, der eine gewisse nationale Kohärenz im Widerstand gegen die russischen Streitkräfte förderte, hat der zweite Krieg die traditionell stark segmentierte tschetschenische Gesellschaft nahezu »pulverisiert«. Dies geht eindrucksvoll aus Informationen Anna Politkowskajas hervor, die als eine der wenigen Korrespondent(inn)en in ständigem Kontakt zur Zivilbevölkerung im Kriegsgebiet steht. Ihre Berichte liefern das Bild einer von Gewalt zerriebenen Gesellschaft, in der nichts mehr so ist, wie es war – nicht mehr die Traditionen, nicht mehr die Geschlechterrollen, nicht mehr die Familiensolidarität, auch nicht mehr das Streben nach Unabhängigkeit. Was einzig zählt, ist das nackte Überleben – vielleicht noch Rache. Das verheerende Ausmaß der physischen und psychischen, der medizinischen und ökologischen Zerstörung Tschetscheniens schildert der Arzt Chasin Bajew.⁶¹

Die **politischen Kosten** des Konflikts werden ganz entscheidend von der Gewaltausübung in Tschetschenien und dem Bestreben bestimmt, sie als zielgerichtete Terrorismusbekämpfung zu präsentieren. Der zweite Tschetschenienkrieg wirkt auf die innere Entwicklung wesentlicher Bereiche von Gesellschaft und

Politik Rußlands zurück, so auf den staatlichen Umgang mit Medien und mit verfassungsgarantierten Grundrechten in der »gelenkten Demokratie« Putins. Gleich zu Beginn des Krieges machte der Kreml am Beispiel des kritischen Journalisten Andrei Babitski den Medien klar, womit sie zu rechnen haben, wenn sie von Zensurvorgaben für die Berichterstattung über die »Anti-Terror-Kampagne« in Tschetschenien abweichen. Babitski wurde entführt, unter Druck gesetzt und schließlich zur Emigration gezwungen. Russische Menschenrechtsaktivisten und noch verbliebene regierungskritische Politiker üben in diesem Zusammenhang Kritik an der westlichen Rußlandpolitik: Der inkonsequente Umgang mit dem Thema Tschetschenien erschwere eine demokratische Entwicklung in Rußland. Westliche Staatsführer ignorierten, daß hier die Entwicklung von Staat und Gesellschaft Rußlands im Kern bedroht sei.⁶² Der ungelöste Tschetschenienkonflikt hat erheblich dazu beigetragen, daß Geheimdienst- und Militärspezialisten heute eine Rolle im Staatsapparat Rußlands, die sie nie zuvor hatten.⁶³ Zudem ist die Gewalt in Tschetschenien eine der Hauptursachen für wachsende Xenophobie und Rassismus in der Öffentlichkeit Rußlands, insbesondere für Ressentiments gegen Kaukasier und Muslime.⁶⁴

Auch die **ökologischen Kosten** des Tschetschenienkonflikts sind alarmierend. Die Bombardierung von Ölbohrstellen sowie Raffinerie- und Chemieanlagen in der massiven Kriegsphase hat eine enorme Umweltverseuchung hervorgerufen. Verheerende ökologische Auswirkungen hat auch der bis heute ungebrochene illegale Betrieb von Ölbohrstellen durch tschetschenische und russische Kriegsunternehmer.

US-Dollar); 2003: 5,2 Mrd. Rubel (163,7 Mio. US-Dollar). Daniel' Linott/Megumi Joši, Vosstanovlenie Čečni – zadača dolgosročnaja i složnaja [Der Wiederaufbau Tschetscheniens. Eine langwierige und komplizierte Aufgabe], in: Central'naja Azija i Kavkaz, 29 (2003) 5, S. 99–114, bes. 106.

⁶⁰ Ivan Rybkin, Towards Peace in Chechnya, Washington, D.C.: Carnegie Endowment for International Peace, 23.10.2002.

⁶¹ Khasin Baiev/Nicholas Daniloff, The Oath. A Surgeon under Fire, New York: Walker & Company, 2003.

⁶² Interview mit Rybkin in: Tageszeitung (taz), 30.6.2003.

⁶³ Zur »wide ranging securization of the Russian political system« durch den Krieg in Tschetschenien siehe: Dmitri V. Trenin, The Forgotten War: Chechnya and Russia's Future, Washington, D.C.: Carnegie Endowment for International Peace, November 2003 (Policy Brief 28), S. 4–5.

⁶⁴ Zur »Tschetschenisierung« der russischen Wahrnehmung des Islam im Inland siehe Uwe Halbach, Rußlands Welten des Islam, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, 2003 (SWP-Studie 15/03).

Präsident Putins »politische Lösung« des Tschetschenienkonflikts

Seit längerem hatte die russische Regierung die »Befriedung« und »Normalisierung« der Situation in Tschetschenien und die Übergabe der Gewährleistung lokaler Sicherheit in tschetschenische Hände angekündigt. Das Geiseldrama von Moskau im Oktober 2002 schien einen Plan »politischer Konfliktlösung« voranzutreiben – allerdings auch die Ausklammerung des eigentlichen Gegners aus einer solchen Lösung. Präsident Putin kündigte einen Monat nach diesem Ereignis ein Verfassungsreferendum für Tschetschenien an, mit dem der Weg zur »politischen Lösung« maßgeblich eingeleitet werden sollte. Als weitere Maßnahmen waren eine Amnestie, ein Autonomieplan, Wiederaufbaumaßnahmen, die Übergabe des Kommandos über russische Sicherheitskräfte in Tschetschenien an das Innenministerium sowie Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Tschetschenien vorgesehen. Zum Gewährsmann der »politischen Lösung« auf tschetschenischer Seite erhob der Kreml aber eine Figur, die selbst zur Kriegspartei geworden war: den Verwaltungsleiter Kadyrow.

Das Verfassungsreferendum vom 23. März 2003

Nach offizieller Darstellung des Kreml votierte bei dem Verfassungsreferendum die tschetschenische Bevölkerung mit überwältigender Mehrheit

- ▶ für die Zugehörigkeit zur Russischen Föderation;
- ▶ für die politische Lösung des Tschetschenienkonflikts und den Aufbau eigener politischer Institutionen in ihrer Republik;
- ▶ für die Beendigung terroristischer Gewalt und einen sozialökonomischen Wiederaufbau ihres Landes unter Friedensbedingungen.

Vor dem Referendum war der zermürbten Bevölkerung des Kriegsgebiets so viel Aufmerksamkeit wie nie zuvor gewidmet worden. Eine intensive PR-Kampagne sollte eine möglichst breite Beteiligung an der Abstimmung über die Annahme einer neuen tschetschenischen Verfassung sichern. Im Januar 2003 begann eine Serie von Versprechungen mit der Ankündigung, 20 Milliarden Rubel (600 Mio. US-Dollar) zur Verfügung zu stellen, um zerstörten Wohnraum wieder-

aufzubauen oder finanziell zu kompensieren. Um Normalisierung im Sicherheitssektor zu signalisieren, wurden einige Checkpoints in Tschetschenien abgebaut und die russische Truppenzahl leicht reduziert. Es folgte die wiederholte Ankündigung, die Leitung der »Anti-Terror-Operation« an das Innenministerium zu übertragen, was mit enormen Fortschritten der föderalen Truppen im Kampf gegen Rebellen begründet wurde. Man stehe keiner militärischen Herausforderung mehr gegenüber, sondern nur noch kleinen verstreuten Gruppen von Banditen.

Die meisten im Rahmen der PR-Kampagne getroffenen Maßnahmen wurden nach dem Referendum rückgängig gemacht: Moskau schickte ein zuvor abgezogenes Artilleriebataillon zurück nach Tschetschenien und errichtete neue Checkpoints. Gleichzeitig übte man beträchtlichen Druck aus – vor allem auf tschetschenische Flüchtlinge, die in der Nachbarrepublik Inguschetien die Rückkehr in ihre Heimat aus Sicherheitsgründen verweigerten. Die Rückkehr von Flüchtlingen sollte die Normalisierungsfiktion unterstützen. Zu diesem Zweck wurden Flüchtlingslager geschlossen oder von der Versorgung abgeschnitten.⁶⁵

Den Höhepunkt der PR-Kampagne bildete eine Fernsehansprache des Präsidenten am 16. März 2003. Putin appellierte hier an die Kriegsmüdigkeit der tschetschenischen Bevölkerung, sprach von der »Tragödie, die keine Familie verschont hat«, von 280 000 zerstörten Häusern, für die man Ausgleich zahlen werde, und davon, daß für immer »die Angst vor dem nächtlichen Klopfen an der Tür« verschwinden, die »Säuberungen« eingestellt werden und die Plünderungen an den Checkpoints aufhören sollen. Anlässlich letzterer Bemerkung erinnerte der schon zitierte Politologe Piontkowskij daran, der Präsident der Russischen Föderation sei ja wohl selbst »der oberste Befehlshaber eben jener Wehrdienstleistenden, die da nachts an der Tür klopfen, Menschen bei Säuberungen entführen und sie an den Checkpoints ausplündern«.⁶⁶

⁶⁵ *Human Rights Watch*, Into Harms Way: Forced Return of Displaced People to Chechnya, January 2003, <<http://www.hrw.org/europe/russia.php>>.

⁶⁶ *Novaja gazeta*, 24.4.2003.

Die Durchführung des Referendums und seine angeblichen Ergebnisse paßten ins Bild nachsowjetischer Verfassungsreferenden, die besonders in zentralasiatischen GUS-Staaten zum Zweck der Konsolidierung von Präsidialautokratien stattgefunden haben – mit sowjetisch anmutenden Zahlen in bezug auf Wahlbeteiligung und Zustimmung. In Tschetschenien lag die Wahlbeteiligung angeblich bei knapp 90%, die Zustimmung zur neuen Verfassung bei knapp 96%. Ausgerechnet in den südlichen Landesteilen, wo die Rebellen ihren Rückhalt haben, war die Beteiligung laut Angaben der Wahlkommission am höchsten. Nichtoffizielle Wahlbeobachter bestritten dies: In den von ihnen beobachteten Bezirken und Kreisen sei die Wahlbeteiligung extrem niedrig gewesen.

Dabei räumten aber auch skeptische Beobachter ein, daß ein nicht geringer Teil der Bevölkerung für die Vorlagen des Referendums, die neue Verfassung und die baldigen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen votiert hat. Die Abstimmenden hätten allerdings kein bewußtes Votum über den politischen Status Tschetscheniens und ein Verfassungsprojekt abgegeben, dessen Text ihnen weitgehend unbekannt war, sondern vor allem für eines gestimmt: für ein Ende der Gewalt.⁶⁷ Bei Meinungsumfragen, die allerdings bei den in Tschetschenien vorherrschenden Bedingungen stets mit Vorsicht zu interpretieren sind, sprach sich 2003 nur eine Minderheit (im März 21%, im Juni 18%) der Befragten für völlige staatliche Unabhängigkeit aus. Befürworter für den Verbleib Tschetscheniens in der Russischen Föderation (67% bzw. 75%) gaben vor allem schlechte Erfahrungen mit der »Unabhängigkeit« nach dem ersten Tschetschenienkrieg als Grund für ihre Haltung an.⁶⁸

55% der Befragten nannten im März als Hauptgrund für eine Teilnahme am Referendum ihre Hoffnung auf eine Verbesserung der Lebensverhältnisse und der Sicherheit in ihrem Land. Genau diese Erwartung wurde aber sofort enttäuscht. Nach dem Referendum kam es zu den intensivsten Kampfberührungen zwischen russischen und tschetschenischen Kombattanten seit Ende der massiven Kriegsphase und zur größten Welle von Terroranschlägen in Tschetschenien und außerhalb der Republik. Der Vorsitzende des Sicherheitsrats Tschetscheniens, Rudnik Dudajew, äußerte sich zum Sicherheitsversprechen des Referen-

dums: »Das Volk hat eine Verfassung angenommen und daran geglaubt, daß es nun besser wird, aber die Lage ist noch schlimmer geworden. Die Leute fragen uns, warum wir sie nicht beschützen, wenn sie doch Bürger Rußlands sind, aber wir wissen nicht, was wir antworten sollen.«⁶⁹

Unmittelbar nach dem Referendum kam der eigentliche Zweck dieser Veranstaltung zum Ausdruck: Präsident Putin kommentierte am 24. März das Resultat mit den Worten, die bewaffneten Separatisten kämpften nun gegen den Willen des eigenen Volks. Das Referendum habe »das letzte Problem gelöst, das mit Rußlands territorialer Integrität zusammenhing«. Das wichtigste Ziel des Referendums bestand für die russische Regierung und ihre Statthalterschaft in Tschetschenien in der Umgehung, Isolierung und definitiven Delegitimierung des eigentlichen politischen und militärischen Konfliktgegners, der bewaffneten Separatisten. Ein Europarats-Delegierter kommentierte diese Logik mit den Worten: »Soweit ich erkennen kann, ist Moskau unfähig zu der Einsicht, daß man Frieden mit seinen Gegnern und nicht mit seinen Vasallen schließt.«⁷⁰

Der Faktor Kadyrow

Zum Hauptakteur dieser vasallengestützten Strategie »politischer Lösung« wurde der seit Juni 2000 amtierende Verwaltungsleiter Ahmad Kadyrow. 1951 geboren, stieg Kadyrow Anfang der 1990er Jahre, als Tschetschenien sich von Rußland löste, in der offiziellen islamischen Geistlichkeit der Republik auf und wurde 1995 ihr Mufti. Er kämpfte im ersten Krieg als Feldkommandeur und rief zum Dschihad gegen die russischen Streitkräfte auf. In der Zwischenkriegszeit profilierte er sich als entschiedener Gegner radikal-islamistischer Einflüsse im Nordkaukasus. In seinem Amt als Mufti stellte sich Kadyrow der politischen Instrumentalisierung von Religion entgegen, warnte auch Maschadow vor einer überstürzten Umwandlung Tschetscheniens in eine »islamische Republik« und trat gegen die Bestrebungen des Scharia-Gerichtshofs auf, sich über das Parlament, den Präsidenten und das Muftiat zu stellen. Er gründete zusammen mit seinem dagestanischen Amtskollegen 1998 ein Koordinationszentrum der nordkaukasischen Muftiate, das den Kampf gegen die sogenannten »Wahhabiten« auf-

⁶⁷ Kommersant vlast', 25.3.2003.

⁶⁸ Umfragen des regierungsunabhängigen Instituts für Sozialforschung »Validata« unter 1000 Respondenten in 75 Ortschaften Tschetscheniens vor und nach dem Referendum. Siehe dazu: NZZ, 14.8.2003.

⁶⁹ Zitiert in: FAZ, 28.4.2003.

⁷⁰ Zitiert in: Jamestown Chechnya Weekly, IV (10.4.2003) 12.

nahm. Mit seiner Ablehnung des radikal-islamistischen Flügels der Feldkommandanten erwarb sich der Mufti damals einen gewissen Respekt in der tschetschenischen Bevölkerung, die in ihrer großen Mehrheit islamischen gegen Radikalismus eingestellt ist. Er war es auch, der im Sommer 1999 am schärfsten gegen die Übergriffe der islamistischen Feldkommandeure Bassajew und Chattab auf die Nachbarrepublik Dagestan protestierte. Wegen der unentschlosseneren Haltung Maschadow gegenüber dieser Provokation kam es zum Konflikt zwischen dem Präsidenten und dem Mufti, der sich von da an als schärfster Gegner der bewaffneten Separatisten profilierte. Maschadow entthob den Mufti im Herbst 1999 seines Amtes, erließ einen Befehl zu seiner Festnahme und drohte ihm mit der Todesstrafe.

In der Zusammenarbeit mit Moskau als Verwaltungsleiter in Grosny konnte Kadyrow anfangs noch ein gewisses Maß an Autorität in der Bevölkerung wahren, indem er gelegentlich die Willkür der russischen Militärs anprangerte. Doch in dieser Funktion wurde er zunehmend zum Kollaborateur, der eigene Machtinteressen entwickelte, und zog sich immer mehr den Vorwurf zu, sich mit seinem persönlichen Machtapparat an Terrormaßnahmen gegen die Zivilbevölkerung zu beteiligen. Seine auf Tausende Mann angeschwollene Leibgarde, die von seinem Sohn Ramzan kommandiert wird, soll eigene Gefängnisse unterhalten und eigenmächtige »Sonderaktionen« und »Säuberungen« durchführen. Dabei ist sie zu einem Auffangbecken für Überläufer aus dem Rebellennlager geworden. Wer als Untergrundkämpfer seine Waffen niederlegt, kann unmittelbar danach in die Miliz Kadyrows eintreten. Die Verlässlichkeit dieser Überläufer ist in Rußland höchst umstritten.

Nach dem Verfassungsreferendum wuchs die Machtherrlichkeit des Verwaltungsleiters Kadyrow in einem Maße, daß russische Medien Alarm schlugen. Bis Mitte Juni hatte sich Kadyrow der meisten von Moskau eingesetzten Beamten in der Lokalverwaltung entledigt und durch ihm ergebenes Personal ersetzt. Im September ergriff er dann auch die Kontrolle über die Medien in Tschetschenien. Seine Leute besetzten den Fernsehsender, die Radiostation und die Redaktionen der wenigen Zeitungen, die in Tschetschenien erscheinen.

Mit seiner persönlichen, auf Gegenseitigkeit beruhenden Feindschaft gegen Maschadow trug Kadyrow wesentlich zu dessen Dämonisierung als »Terrorist« bei und sorgte für seine strikte Ausklammerung aus jeglichem Prozeß politischer Lösung des Tschetsche-

nienproblems. Einerseits behauptete er, Maschadow habe kaum noch Kämpfer unter seinem Kommando (»zwei, drei Dutzend ihm ergebener Leute«), andererseits setzte er für vertrauliche, an ihn persönlich zu richtende Informationen über den Aufenthalt seines Todfeinds eine Kopfprämie aus, was ihm den Vorwurf einhandelte, er wolle nun auch das »Maschadow-Problem unter Umgehung der föderalen Organe lösen.«⁷¹

Im Sommer 2003 wuchs die Zahl der Kadyrow-Gegner in Moskau. Innerhalb des russischen Regierungslagers wurde Kadyrow zunehmend kontrovers behandelt. Quellen, die den sogenannten »silowiki« (Leute aus den Gewaltapparaten wie FSB, Innenministerium und Streitkräfte) nahestehen, artikulierten Kritik an einer einseitigen Ausrichtung der »politischen Lösung« in Tschetschenien auf den amtierenden Verwaltungsleiter und machten auf dessen Machtbestrebungen aufmerksam.⁷² Insbesondere die Rekrutierung bewaffneter Widerstandskämpfer für die Gewaltstrukturen der Kadyrow-Administration wurde beanstandet. Ein Artikel vom 23. Mai in *Utro*, einem kremlnahen Journal, warnte vor der Entwicklung eines waffenstarken Kadyrowschen Privatstaats. In Erinnerung an das selbtherrliche Regime des tschetschenischen Sezessionsführers und Präsidenten Dudajew, der im April 1996 getötet wurde, mahnte der Kommentator: »Derzeit beobachten wir wohl die Entstehung eines ähnlich ambitionierten Regimes, diesmal mit Unterstützung russischer Waffen. Der Unterschied liegt darin, daß Dudajew Unterstützung in der Bevölkerung hatte, während das gegenwärtige Regime nicht einen Bruchteil dieser Popularität genießt.«⁷³

In Ermangelung von Popularität baut es seine materiellen Machtressourcen aus. Der im Oktober 2003 infolge der Chodorkowski-Affäre entlassene Leiter der Kreml-Administration, Alexander Woloschin, gilt als der Hauptarchitekt der auf Kadyrow gestützten »Tschetschenisierungspolitik«. Durch Innenminister Gryslow wurde Kadyrow in die Machtpartei des Kreml »Einiges Rußland« eingebunden – in der Erwartung, er würde bei den Dumawahlen im Dezember 2003 den Sieg dieser Partei in Tschetschenien gewährleisten. Die Kadyrow-Gegner in Moskau wurden durch Umfrage-Ergebnisse in Tschetschenien

71 Nezavisimaja gazeta, 4.6.2003.

72 So z.B. ein Artikel der Armeezeitung Krasnaja zvezda, 2.6.2003.

73 Islam Aliev in: *Utro*, 23.5.2003.

gestärkt, wonach der Verwaltungsleiter im Popularitätsranking weit hinter Vertretern der tschetschenischen Diaspora rangierte. Was die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen betraf, gaben 62% der Befragten bei den bereits erwähnten Validata-Umfragen vom März und Juni 2003 Kadyrow als denjenigen Kandidaten an, den sie auf keinen Fall wählen würden. Als populärste Kandidaten für die Führung eines Nachkriegstschetschenien figurierten in diesen Umfragen prominente Moskauer Tschetschenen: Ruslan Chasbulatow, der ehemalige russische Parlamentspräsident, der Geschäftsmann Malik Saidullajew und Aslambek Aslachanow, Abgeordneter in der russischen Staatsduma.⁷⁴

Die auf Kadyrow gestützte Strategie von »Tschetschenisierung« berücksichtigte von Anfang an nicht, daß angesichts eines ungemein schwierigen Prozesses friedlicher Nationsbildung für das Amt eines Präsidenten nur ein Kandidat in Frage kommen konnte, der über ein Höchstmaß an Integrationskraft, Autorität und Integrität verfügt – ganz besonders in einer Gesellschaft, die traditionell durch starke subnationale, tribale Identitäten und Loyalitäten bestimmt ist und die im zweiten Tschetschenienkrieg völlig zerrieben wurde. Ob Kandidaten aus der tschetschenischen Diaspora in Moskau diesem Anspruch gerecht werden konnten, war aufgrund ihrer bisherigen Abwesenheit in ihrem Herkunftsland fraglich. Sicher ist aber, daß Kadyrow ihm am wenigsten entsprach. Als Verwaltungsleiter konnte er nicht das Vertrauen der tschetschenischen Bevölkerung erlangen. Seine Sippe (Benoi), die inzwischen in führende Positionen gebracht wurde, rangiert in der tschetschenischen Stammeshierarchie im unteren Feld. Das Festhalten des Kreml an diesem Kandidaten bekräftigte den Verdacht, daß Rußland unter dem Etikett der »Tschetschenisierung« entweder die völlige Desintegration dieser Gesellschaft betreibt oder sich auf einen Verbündeten einläßt, der sich als Zauberlehrling erweisen könnte. Je näher der Termin der Präsidentschaftswahl in Tschetschenien rückte, um so eindringlicher warnten auch russische Kommentatoren vor dem unberechenbaren »Faktor Kadyrow«. In einigen Kommentaren wurde darauf hingewiesen, daß die forcierte Wahl Kadyrows zum endgültigen Bruch zwischen der tschetschenischen Bevölkerung und

Moskau führen könnte.⁷⁵ Mit der Installierung des unbeliebten Verwaltungsleiters zum Präsidenten könnte ein dritter Tschetschenienkrieg eingeleitet werden, der diesmal den Charakter eines Bürgerkriegs haben würde.⁷⁶

Die Präsidentschaftswahlen vom 5. Oktober 2003

Als am 20. August die Frist für die Registrierung der Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen abließ, lagen der Wahlkommission 15 Bewerbungen vor. Ein Bewerber wurde aufgrund formaler Kriterien ausgeschlossen. Zu den prominentesten Kandidaten gehörten neben Kadyrow der Moskauer Geschäftsmann Malik Saidullajew, der Duma-Abgeordnete Aslanbek Aslachanow und der Generaldirektor des Moskauer Hotelkomplexes Rossija, Hussein Dschabrailow. Einer der bekanntesten Gegner Kadyrows und Kritiker der Tschetschenienpolitik des Kreml, Ruslan Chasbulatow, zog als erster seine kurz zuvor angemeldete Kandidatur wieder zurück – mit der Begründung: Solange den Menschen in Tschetschenien nicht wirklich freie Wahlmöglichkeiten und -rechte gewährleistet werden, würden Wahlen auf diesem Kriegsschauplatz nur zur Verschärfung der Gewalt führen.

Chasbulatow unterstützte nunmehr den Kandidaten Dschabrailow, der sich an den traditionellen sozialen und religiösen Strukturen Tschetscheniens orientierte und eine Politik des Wiederaufbaus forderte, die alle tribalen, sozialen und politischen Segmente dieser zerstörten Gesellschaft einschließlich verhandlungswilliger bewaffneter Kräfte einbeziehen sollte. Doch Anfang September 2003 zog auch Dschabrailow seine Kandidatur wieder zurück – ebenfalls mit dem Hinweis auf die »extrem schwierigen Bedingungen«, unter denen der Wahlkampf in Tschetschenien steht.⁷⁷ Kurz vor dieser Bekanntmachung hatte er ein Telefongespräch mit Woloschin geführt, in dem ihm möglicherweise bedeutet wurde, daß seine Kandidatur aussichtslos und unerwünscht sei.⁷⁸ Und

⁷⁵ Igor Tobarkov, Russian Election Meddling Could Stoke Violence in Chechnya, <<http://www.eurasianet.org/departments/insight/articles/eav091503.shtml>>.

⁷⁶ Aussagen russischer Geheimdienstoffiziere gegenüber dem Journalisten Julius Strauss in: Daily Telegraph, 6.10.2003.

⁷⁷ <Lenta.ru>, 2.9.2003.

⁷⁸ <Newsru.com>, 2.9.2003; ausführlich dazu: Jamestown Chechnya Weekly, IV (4.9.2003) 32, S. 1.

⁷⁴ NZZ, 14.8.2003; <http://www.validata.ru/e_e/chechnya>.

schließlich schieden Mitte September die beiden noch übriggebliebenen namhaften Gegenkandidaten Kadyrows, Aslachanow und Saidullajew, aus dem Rennen um die Präsidentschaft. Aslachanow war als Gegenleistung für seinen Rückzug aus dem Wahlkampf der Posten des Beraters Putins für den Nordkaukasus und den südlichen Föderalbezirk angeboten worden. Saidullajew wurde wegen »formaler Fehler« im Registrationsverfahren vom Obersten Gericht Rußlands aus dem Wahlkampf ausgeschlossen. Seitdem waren nur noch »no names« als Konkurrenten für Kadyrow im Rennen.

Kadyrow trat mit einem eigenen Machtapparat, dem deutlichen Vorteil der administrativen Ressourcen und der Rückendeckung durch den Kreml in den Wahlkampf ein. Der Kreml unterstützte seine Präsidentschaftskandidatur durch die frühe Terminierung der Wahlen, womit alternativen Kandidaten kaum Zeit gelassen wurde, ihren Wahlkampf zu organisieren. Anatolij Popow, der Premierminister Tschetscheniens, sagte bereits am 8. Juli den Wahlsieg Kadyrows in aller Öffentlichkeit voraus. Angeblich druckte das Büro des Verwaltungsleiters zu diesem Zeitpunkt bereits Briefbögen mit der Aufschrift »Präsident der Tschetschenischen Republik, Ahmad Kadyrow«. ⁷⁹ Auch auf internationaler Ebene präsentierte Moskau seinen Kandidaten für die tschetschenische Präsidentschaft. Kadyrow gehörte zur Entourage Putins beim Gipfel mit Präsident Bush in Camp David und vertrat Rußland auf dem Gipfel der Organisation der Islamischen Konferenz in Malaysia. Nach seiner Wahl zum Präsidenten führte die erste bedeutende Auslandsmission den ehemaligen Mufti im Januar 2004 nach Saudi-Arabien, wo er maßgeblichen Regierungsvertretern das Versprechen abgewann, Finanzhilfen religiöser Stiftungen für den bewaffneten Widerstand in Tschetschenien zu unterbinden.

Erwartungsgemäß hatte sich der Kreml nicht dazu entschließen können, Vertreter der eigentlichen Konfliktgegner, der bewaffneten Separatisten, in die Präsidentschaftswahl einzubeziehen. Man blieb bei der Gleichsetzung von »Separatisten« mit »Terroristen«. Nur vereinzelt wichen Stimmen aus dem Regierungslager in Moskau von dieser Linie ab. Ella Pamfilowa, die Vorsitzende der Menschenrechtskommission beim Präsidenten der Russischen Föderation, sprach sich in einem Artikel in der *Süddeutschen Zeitung* dafür aus, Führer der tschetschenischen Opposition, die derzeit gezwungen sind, sich zu verstecken, an den Wahlen

⁷⁹ <Gazeta.ru>, 6.7.2003.

zu beteiligen. Man müsse auch unkonventionelle Schritte riskieren, um weitere Terroranschläge zu vermeiden. ⁸⁰

Kaum war die Kandidatenregistrierung abgeschlossen, wurden auch schon die ersten Fälschungsversuche gemeldet. Aslachanow wies auf angeblich 200 000 »tote Seelen« (mehr als ein Viertel der Republikbevölkerung) in den Wählerlisten hin. Nach dem Rücktritt aller namhaften Gegenkandidaten wurde der Wahlkampf vollends zur Farce. Zuvor hatte es gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Kadyrow-Leuten und bewaffneten Anhängern der Gegenkandidaten gegeben, hatte sich eine Militarisierung des Wahlkampfes abgezeichnet. Die Präsidentschaftswahlen am 5. Oktober wurden dann zu einer »Ein-Mann-Show«, die die Wahlveranstaltungen in den Präsidentschaftsautokratien im Süden der GUS noch in den Schatten stellte. OSZE und Europarat enthielten sich der Wahlbeobachtung. Inoffizielle Beobachter und einige russische Journalisten berichteten, daß vor jedem Wahlbüro Leute von Kadyrows Stab Position bezogen und die Stimmabgabe kontrollierten, daß eine »fliegende Wählerbrigade« aus Verwaltungsangestellten von Ort zu Ort zog, um die Wahl zugunsten ihres Verwaltungsleiters zu lenken, daß einzelne Wähler mehrere Stimmzettel abgegeben hätten usw. Das offizielle Ergebnis lautete: 85% Wahlbeteiligung und 80% der Stimmen für Kadyrow. Dagegen berichteten AFP-Korrespondenten von einer extrem niedrigen Wahlbeteiligung. In Alchan-Kala südlich von Grosny seien stündlich gerade einmal zwei Personen zur Abstimmung erschienen. Ein tschetschenischer Flüchtling in Inguschetien teilte Associated Press mit, daß sich nur 32 von 850 stimmberechtigten Tschetschenen seines Lagers zur Abstimmung begeben hätten. Aufgrund solcher Beobachtungen wurde die wirkliche Wahlbeteiligung auf höchstens 20% geschätzt. ⁸¹ Unmittelbar vor der Wahl verließen viele Tschetschenen ihre Wohnorte, um sich vor der »politischen Konfliktlösung« des Kremls in ihrem Heimatland in Sicherheit zu bringen. Der Sohn des Hauptkandidaten und sein militärischer Gefolgschaftsführer, Ramzan Kadyrow, hatte am Ende des Wahlkampfes in einem Fernsehauftritt offen damit gedroht, für seinen Vater den Wahlsieg wenn nötig mit Waffen zu erstreiten.

⁸⁰ SZ, 7.8.2003.

⁸¹ Reports Suggest Widespread Election Day Abuses, in: Jamestown Chechnya Weekly, IV (9.10.2003) 36, S. 3-5.

Es stellt sich die Frage, warum Moskau darauf verzichtete, wenigstens den Anschein einer alternativen Wahl zu wahren, und ganz und gar auf den »Faktor Kadyrow« setzte, obwohl dieser international und im eigenen Land höchst umstritten war. Beobachter boten dafür folgende Erklärung an: Wenn das Kadyrow-Regime durch einen Gegenkandidaten hätte ersetzt werden müssen, wäre Moskau mit erheblichen organisatorischen Problemen in Tschetschenien, mit einem aufwendigen Aufbau neuer Netzwerke konfrontiert worden. Was wäre zum Beispiel mit der inzwischen angewachsenen und fest etablierten Privatarmee des amtierenden Verwaltungsleiters geschehen? Im Vorfeld der russischen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen wollte sich die Putin-Administration vor unliebsamen Überraschungen in Tschetschenien schützen und nahm deshalb ernst zu nehmende Gegenkandidaten aus dem Rennen. Eine Zeitlang waren die Gegenkandidaten aus der Moskauer tschetschenischen Diaspora freilich nützlich und standen in enger Konsultation mit der Präsidentialadministration. Insbesondere die vermögenden Kandidaten Saidullajew und Dschabrailow hatten erhebliche Geldsummen in ihren Wahlkampf investiert. Sie hätten dies nicht getan, hätte ihnen der Kreml nicht vorübergehend grünes Licht signalisiert, weil er die »Moskauer Tschetschenen« insbesondere für die Unterstützung des Verfassungsreferendums in Tschetschenien benötigte. Saidullajew war dem Kreml wahrscheinlich auch bei einer Propaganda-Aktion gegen Maschadow behilflich, bei der einige Abgeordnete des 1997 gewählten tschetschenischen Parlaments dafür gewonnen wurden, ein Impeachment gegen ihren Präsidenten zu inszenieren.

Laut Meinungsumfragen hätte sich eine Mehrheit der Bevölkerung Tschetscheniens an einer ernst gemeinten Wahl mit echten Personalalternativen beteiligt. Kurz vor den Wahlen war sich aber die große Mehrheit der Befragten sicher, daß die Veranstaltung vom 5. Oktober auf eine fadenscheinige Imitation von politischer Entscheidung hinauslaufen würde.⁸² Ein wirksames Gegengewicht zu den Gewaltakteuren in Tschetschenien hätte aber nur ein Republikpräsident bilden können, der sein Amt mit unzweifelhafter Legitimation ausfüllt. Diese Chance war nun vertan. Am Jahresende 2003 resümierte der russische Islam- und Kaukasusexperte Malaschenko: »Kadyrow ist nicht zu

einem nationalen Führer geworden. Jeder ist mit ihm unzufrieden.«⁸³

Autonomie

Ein wesentlicher Bestandteil der Werbekampagne für das Verfassungsreferendum und den Prozeß »politischer Lösung« war das Versprechen »weitreichender Autonomie«. Die neue Verfassung postulierte die Zugehörigkeit Tschetscheniens zur Russischen Föderation, äußerte sich aber noch nicht zu den Autonomierechten, die das »Föderationssubjekt« Tschetschenien genießen sollte. Ein solches Autonomieprojekt sollte auf Wunsch Putins bis Ende Oktober unterschriftsreif sein, liegt jedoch bis heute noch nicht vor. Autonomieverhandlungen begannen im Mai 2003 in einer 50köpfigen Kommission unter Leitung Woloschins. Selbstverständlich wurden die Separatisten ausgeschlossen. Dabei hat ein solches Vorgehen in der neueren Geschichte Tschetscheniens schon einmal gezeigt, daß der Ausschluß der eigentlichen Konfliktgegner nicht zum Erfolg führen kann: Im Frühjahr 1996, noch während des ersten Tschetschenienkriegs, wurde ein solches Autonomie-Abkommen mit dem damaligen Statthalter Moskaus in Grosny, Doku Sawgajew, geschlossen. Es führte nicht zur Beendigung der Kämpfe. Bald war die Kontrolle Sawgajews auf den Militärflughafen bei Grosny beschränkt. Außerhalb dieser Bastion herrschten die »bojewiki« – eine Tatsache, die dem Statthalter damals den Spitznamen Doku Aeroportowitsch eintrug.

In Tschetschenien sah man in dem gegenwärtigen Autonomieprojekt vor allem den Versuch, die Präsidentschaftskandidatur Kadyrows zu unterstützen, der sich nun an die Spitze des Autonomisierungsprozesses setzte. Seine ersten Vorschläge zu konkreten Inhalten der Autonomie im Juni 2003 brachten Teile der russischen Machtelite in Rage. Besonders ein Punkt wurde als Provokation aufgefaßt: Kadyrow forderte die »exklusive Autorität« über alle »Fragen von Eigentum, Nutzung und Verteilung von Boden, Bodenschätzen, Wasser, Holz und anderen Naturressourcen«. Solche Vollmacht gebe ihm und seiner Gefolgschaft Kontrolle über die Ölressourcen der Kaukasusrepublik, aber auch über Gelände, auf dem sich russische Militärobjekte befinden, warnten nun Kritiker, die den »Gewaltministerien« nahestehen. Weitere umstrittene Forderungen waren eigene Geldemission, eigene

⁸² NZZ, 13.9.2003.

⁸³ <http://smysl.info/archive/16,17-2003/s_q772.esp>.

diplomatische Kontakte zu anderen Staaten, eine Freihandelszone.⁸⁴

Nach seiner Wahl zum Präsidenten verlangte Kadyrow mehr Macht über ökonomische Objekte wie zum Beispiel die lokale Ölgesellschaft (Grozneftegaz), die bislang zu 51% von der russischen Rosneft und zu 49% von der tschetschenischen Verwaltung kontrolliert wird. Mit Hinweis auf Korruptionsskandale und fehlgeleitete Finanzmittel beanspruchte er die Kontrolle seiner Administration über sämtliche Subsidien des Bundeshaushalts für Wiederaufbauleistungen in Tschetschenien.

Autonomie für Tschetschenien paßt insgesamt nicht in die von Putin gestaltete innenpolitische Landschaft Rußlands. Dort ist es in den letzten Jahren zur Straffung der Machtvertikale, zur Re-Zentralisierung und zum Entzug zuvor gewährter oder angemäßer Souveränitätsrechte nationaler Teilrepubliken der Russischen Föderation gekommen. Die Bändigung der »wildem Föderalisierung« aus der Jelzin-Zeit wird Putin in Rußland als eine seiner größten Leistungen angerechnet. Im Juni 2001 hatte der Präsident eine Kommission zur Überprüfung von Kompetenzabgrenzungsverträgen ins Leben gerufen und den für Justizreform zuständigen Dmitrij Kosak an ihre Spitze gesetzt. Die Begründung: Individuelle Abgrenzungsverträge zwischen Moskau und einzelnen Regionen und Republiken untergraben die Gleichheit der Föderationssubjekte. Außerdem habe Moskau in einer Schwächephase unter Präsident Jelzin zuviel Macht an die Regionen abgetreten. Von 42 Verträgen über die Abgrenzung von Vollmachten zwischen Bundes- und Regionalgewalt, die noch unter Jelzin mit Regionen und Teilrepubliken der Russischen Föderation unterzeichnet worden waren, waren Mitte 2003 nur noch acht in Kraft.⁸⁵

Ein Paradebeispiel für die Umkehrung der »Souveränitäts- und Autonomieparade« aus der ersten Hälfte der 1990er Jahre liefert die Republik Tatarstan. Das Modell »tatarischer Autonomie« wurde Tschetschenien oft als die vernünftige Selbstbestimmungsalternative zur radikalen Option der Lostrennung von Rußland vorgehalten.⁸⁶ Doch gerade die »tatarische Autonomie«

wurde in den letzten Jahren zunehmend ausgehöhlt.⁸⁷ Tatarstan hatte 1992 in einem Referendum für seine Souveränität gestimmt. Statt den neuen Föderationsvertrag Rußlands zu unterzeichnen, handelte es drei Jahre lang mit Moskau einen individuellen Kompetenzabgrenzungsvertrag aus. Ein erheblicher Teil der Autonomie, die Tatarstan in diesem Prozeß für sich erreichen konnte, wurde seit dem Amtsantritt Putins rückgängig gemacht. Mehrmals hat das russische Verfassungsgericht die Souveränität Tatarstans für ungültig erklärt und eine »tatarische Staatsbürgerschaft« negiert, die neben der Staatsbürgerschaft der Russischen Föderation in der Republik an der Wolga bestand. Auch von der einstigen wirtschaftlichen und steuerrechtlichen Sonderstellung der Teilrepublik ist nicht viel übriggeblieben. Ebenso greift das föderale Zentrum wieder in kulturelle Belange ein – vor allem mit der Bestimmung, sämtliche Nationalsprachen der Föderation müßten sich der kyrillischen Schrift bedienen. Die Regionen und Teilrepubliken bieten kaum noch Widerstand gegen diesen Prozeß der Re-Zentralisierung auf, allenfalls eine gewisse Bauernschläue wie Tatarstans Nachbarrepublik Baschkortostan, die zwar die Aufkündigung des einstigen Machtteilungsvertrags mit dem Zentrum hinnahm, dafür aber einige seiner Grundaussagen in die Republikverfassung transkribierte. Die regionalen Machteliten arrangieren sich heute weitgehend mit dem Kreml oder rückten gar, wie der tatarische Präsident Schaimijew, in die vordersten Reihen der Partei »Einiges Rußland« vor.

So fällt die »weitgehende Autonomie«, mit der Tschetschenien für einen freiwilligen Verbleib in der Russischen Föderation gewonnen werden soll, in ein Spannungsfeld konträrer Staatsziele: Auf der einen Seite steht der in der Verfassung Rußlands festgeschriebene Föderalismus, auf der anderen die von Putin bei seinem Amtsantritt vor drei Jahren zur Priorität erhobene Straffung der Machtvertikale. Bei der Ankündigung des Autonomievertrags mit Tschetschenien stellte Putins ehemaliger Administrationschef Woloschin fest, prinzipiell gebe es im Kreml keine Anhänger solcher Verträge mehr, aber im Sonderfall Tschetscheniens erzwingen es die Umstände, eine Ausnahme zu machen.

⁸⁴ Teile des Vertragsentwurfs wurden am 23. Juni in der *Nezavisimaja gazeta* publiziert.

⁸⁵ A. Kornja, *Vse ravny, no nekotorye ravnee* [Alle sind gleich, aber einige sind gleicher], in: *Vremja-MN*, 2.7.2003; Gordon M. Hahn, *The Impact of Putin's Federative Reform on Democratization in Russia*, in: *Post Soviet Affairs*, 19 (2003) 2, S. 114–153.

⁸⁶ Zu dieser Vorbildfunktion siehe Matthew Evangelista,

The Chechen Wars. Will Russia Go the Way of the Soviet Union?, Washington, D.C.: Brookings Institution Press, 2002, S. 96–109.

⁸⁷ Zu diesem Prozeß vgl. Markus Wehner in: *FAZ*, 7.8.2003.

Amnestie

Ein weiteres Element der Werbung für den Prozeß »politischer Lösung« des Tschetschenienkonflikts war ein Amnestieprojekt. Angeblich baten tschetschenische Abgeordnete Präsident Putin, mit einem Amnestie-Angebot das Verfassungsreferendum zu ergänzen, da letzteres den bewaffneten Konfliktgegner ausklammert. Der müsse nun durch verlässliche Garantien angesprochen werden, die geeignet wären, ihn zum Niederlegen der Waffen zu bewegen. In Tschetschenien ging der Verwaltungsleiter Kadyrow noch weiter: Die amnestierten Kämpfer sollten in die lokalen Gewaltstrukturen, das heißt in die bewaffneten Organe des von ihm selber geleiteten Regimes aufgenommen werden. »Sie sind mit allen Trampelpfaden vertraut und kennen alle und jeden persönlich.«⁸⁸

Kritiker der russischen Tschetschenienpolitik bezweifelten die Aufrichtigkeit und Wirksamkeit des Amnestie-Angebots. Trotz seines Appells an den bewaffneten Konfliktgegner sei das Projekt letztlich Teil einer Strategie, diesen Gegner aus jeglicher politischen Lösung und Verhandlung auszuklammern und ihn zu delegitimieren. Laut Kadyrow sollte die Amnestie für alle gelten, »außer für die berüchtigten Banditen vom Typ Maschadows und Sakajews«. Menschenrechtsaktivisten monierten, daß die Amnestie stärker auf Verbrechen ausgerichtet sei, die russische Streitkräfte an tschetschenischer Zivilbevölkerung begangen haben, als auf die Begnadigung tschetschenischer Untergrundkämpfer.⁸⁹ Aufgrund vieler Fragwürdigkeiten erbrachte das neuerliche Amnestieprojekt nicht den entscheidenden Vorteil gegenüber früheren Amnestien, nämlich wirklich Vertrauen zu schaffen. Zuvor verkündete Amnestien hatten ihre Adressaten oft in eine Falle gelockt und waren für eine Friedensregelung völlig wirkungslos geblieben.

Nach Auslaufen der Frist am 1. September 2003 wurde klar, daß auch dieses Amnestieprojekt gescheitert war. Das offizielle Ergebnis: 171 Mitglieder illegal bewaffneter Einheiten hatten das Amnestieangebot wahrgenommen – davon wurden 143 begnadigt. Dagegen wurden 226 Soldaten der russischen Streitkräfte und Polizisten zwischen Juni und September 2003

begnadigt.⁹⁰ Ein Hauptgrund für die niedrige Zahl offizieller Amnestiefälle auf der Seite der »bojewiki« ist wohl darin zu suchen, daß schon zuvor ehemalige Untergrundkämpfer in den Militärapparat Kadyrows übergelaufen waren. FSB-Quellen konstatierten kontinuierliche Verbindungen zwischen der Armee des Verwaltungsleiters und jetzigen Präsidenten und illegal bewaffneten Einheiten.⁹¹ Die Trennlinien zwischen den bewaffneten Seiten verwischen sich, was die Gewaltszene in Tschetschenien noch komplizierter macht. Zum Lager der »föderalen Gewaltorgane«, in dem bereits seit langem eine vehemente Konkurrenz zwischen Innen- und Verteidigungsministerium, zwischen Geheimdienststellen wie FSB und GRU festgestellt wurde, und dem fragmentierten Lager der Untergrundkämpfer kommen nun die bewaffneten Kadyrow-Leute (Kadyrowcy) als relevante Kriegspartei hinzu. Die lokale Bevölkerung fürchtet die von ihnen ausgeführten »Säuberungsaktionen« angeblich bereits mehr als die von russischen Soldaten ausgeübte extralegale Gewalt.⁹²

⁸⁸ Zitiert in: <<http://www.reklama.ru/cgi-bin/href/independence?8264018>>.

⁸⁹ Prava čeloveka v Rossii, 23.5.2003.

⁹⁰ Mitteilung des für den Nordkaukasus zuständigen Staatsanwalts *Fridinskij*, zitiert in: Jamestown Chechnya Weekly, IV (4.9.2003) 32, S. 3.

⁹¹ <Strana.ru>, 12.8.2003.

⁹² Umalt *Dudayev*, Chechnya: The Fighting Goes On, <http://www.iwpr.net/index.pl?archive/cau/cau_200401_214_1_eng.txt>.

Tschetschenien in der westlichen Rußlandpolitik

USA

Die Haltung Washingtons zur Kriegführung Rußlands im Nordkaukasus unterlag seit Ausbruch des ersten Tschetschenienkriegs 1994 mannigfachen Wendungen. In der US-Politik gegenüber Rußland hat Tschetschenien praktisch allerdings nie eine bedeutende Rolle gespielt.⁹³ Im ersten Tschetschenienkrieg folgte die Clinton-Administration der von Moskau präsentierten Dominotheorie, wonach ein Ausscheren Tschetscheniens aus der Russischen Föderation eine Sezessionsparade unter den übrigen Föderationssubjekten auslösen würde. Präsident Clinton verglich seinen russischen Amtskollegen Jelzin in Hinsicht auf Sezessionsabwehr mit Abraham Lincoln.⁹⁴ Beim Ausbruch des zweiten Tschetschenienkriegs 1999 reagierte die politische Öffentlichkeit kritischer als fünf Jahre zuvor, trat doch die Verletzung des humanitären Völkerrechts von Anfang an massiv hervor. Ein erster Report von Human Rights Watch über den Beginn dieses Kriegs titelte »Welcome to Hell«. Im Präsidentschaftswahlkampf 2000 machte der Kandidat George Bush Tschetschenien vorübergehend zum Thema: Er forderte den Entzug von Finanzmitteln des IWF und der Export-Import-Bank, sollte Moskau weiterhin den Tschetschenienkonflikt durch »Bomben auf Frauen und Kinder« zu lösen versuchen. Condoleezza Rice verwies darauf, daß der erneute Krieg auf Regionen ausstrahlen könnte, in denen die USA inzwischen strategische Interessen angemeldet hatten. So gerieten zum Beispiel Georgien und Aserbaidschan unter Druck. Zbigniew Brzezinski, Alexander Haig und Max Kampelman gründeten das »Amerikanische Tschetschenienkomitee«, das diesen Krieg in seinem Gründungsdokument als »Genozid« definierte.

⁹³ Eine zusammenfassende Darstellung der amerikanischen Haltung gegenüber Tschetschenien von 1994 bis 2003 liefert: Michael McFaul, U.S. Foreign Policy and Chechnya, Muscatine, IA: The Century Foundation, March 2003, <<http://reports.stanleyfoundation.org/EAlrussiaB03p.pdf>>.

⁹⁴ Bei einem Staatsbesuch in Moskau zur Unterstützung der Wiederwahl Jelzins im April 1996 gab Präsident Clinton vor russischen Journalisten einen entsprechenden Kommentar über den amerikanischen Bürgerkrieg; The Washington Post, 22.4.1996, S. A1.

Brzezinski wandte sich gegen den Versuch, der Weltöffentlichkeit die massive militärische Gewalt im Nordkaukasus als Teil eines globalen »war on terrorism« zu vermitteln.⁹⁵ Noch im Juli 2001 stellte der Senatsausschuß für Auswärtige Politik fest, der Krieg in Tschetschenien sei destruktiver und gewalttätiger als das Vorgehen Miloševićs im Kosovo.

Die Wende kam mit den Terroranschlägen in den USA am 11. September 2001. Am 24. September machte Präsident Putin der amerikanischen Regierung auf mehreren Gebieten Kooperationsangebote für den gemeinsamen Kampf gegen Terrorismus: Zusammenarbeit der Geheimdienste, Öffnung des russischen Luftraums für humanitäre Hilfe in Afghanistan, Kooperation mit zentralasiatischen Staaten zur Unterstützung der USA, Unterstützung der Nordallianz in Afghanistan. Washington reagierte auf diese Kooperationsbereitschaft mit einer entsprechenden Bewertung des tschetschenischen Widerstands und betrachtete Kaukasien und Zentralasien von nun an durch das Prisma des globalen »war on terrorism«. Außenminister Colin Powell verkündete: »Rußland bekämpft Terroristen in Tschetschenien, daran gibt es keinen Zweifel.«⁹⁶ Diese Bewertung wurde durch das Moskauer Geiseldrama im Oktober 2002 noch verstärkt. Präsident Bush verteidigte seinen »guten Freund« im Kampf gegen Terrorismus, den russischen Präsidenten Putin, gegenüber Kritik an der Art der Beendigung der Geiselnahme durch die Sicherheitskräfte mit den Worten: »Man hat versucht, Wladimir zu beschuldigen. Man sollte doch wohl die Terroristen beschuldigen.«⁹⁷ Dieser »Tschetschenienrabatt« war in der amerikanischen Rußlandpolitik eine der wenigen Gegenleistungen für Präsident Putins Wohlverhalten gegenüber der Bush-Administration.

Washington hält zwar bislang an einer Unterscheidung zwischen *Terroristen* aus dem Umfeld radikal-

⁹⁵ »What should be done? To start with the U.S. should not fall for Russia's entry that we are allies against Osama bin Laden ... Terrorism is neither the geopolitical nor moral challenge here« (zit. in: Wall Street Journal, 10.11.1999).

⁹⁶ Zitiert in: Jamestown Chechnya Weekly, III (4.6.2002) 16, S. 1.

⁹⁷ Bush Defends Putin in Handling of Siege, in: The Washington Post, 19.11.2002.

islamistischer Kriegsherren und *Untergrundkämpfern* aus dem von Maschadow repräsentierten politischen Spektrum fest, distanzierte sich aber zunehmend auch von letzteren. Dabei war es noch im Frühjahr 2001 zum bislang ranghöchsten Treffen mit einem Vertreter der tschetschenischen Untergrundregierung gekommen.⁹⁸ Einige Offizielle in Washington legen auch weiterhin Wert auf eine Unterscheidung zwischen »Terrorismus« und »Separatismus«. Dazu gehört zum Beispiel Steven Pifer, stellvertretender Außenminister für Angelegenheiten Europas und Eurasiens. Er zog sich den Zorn des Kreml zu, als er auf einem Hearing des amerikanischen Helsinki-Komitees im September 2003 Kritik an der russischen Tschetschenienpolitik äußerte. Präsident Putin, der sich bei der Konfrontation mit dem Thema Tschetschenien nicht zum ersten Mal im Ton vergriff, schmähte ihn dafür mit den Worten: »Wir haben eine Redensart in Rußland: In jeder Familie gibt es einen Zurückgebliebenen.«⁹⁹ Dagegen bestärkte Präsident Bush bei einem Gipfeltreffen in Camp David im Oktober 2003, kurz vor der »Präsidentenwahl« in Tschetschenien, seinen russischen Amtskollegen mit den Worten: »Rußland und die USA sind Alliierte im Krieg gegen Terror. Unsere beiden Nationen haben unter Terroristen gelitten und die Regierungen beider Länder unternehmen etwas gegen diese Leute. Kein Grund kann Terrorismus rechtfertigen. Terroristen müssen gestoppt werden, wo immer sie Chaos und Zerstörung verbreiten, auch in Tschetschenien.«¹⁰⁰

Kritischere Töne schlug zu Beginn des Jahres 2004 ein Kommentar von US-Außenminister Powell in der russischen Zeitung *Izwestija* an. Da wird die Partnerschaft mit Rußland gewürdigt, gleichzeitig aber auf Defizite und Ungleichgewichte im »demokratischen System Rußlands« verwiesen. Tschetschenien findet hier nur lakonische Erwähnung unter »einigen Aspekten der Innenpolitik Rußlands«. Stärker beunruhigten den amerikanischen Außenminister die Beziehungen Rußlands zu seinen Nachbarn in der GUS.¹⁰¹

98 John Beyrle, ein stellvertretender Außenminister, hatte Gespräche mit Iljas Ahmadow geführt, der als »Außenminister« der tschetschenischen Untergrundregierung fungiert.

99 Zitiert in: *Washington Post*, 24.9.2003.

100 Zitiert in: *Jamestown Chechnya Weekly*, IV (2.10.2003) 35, S. 6.

101 *Izvestija Online*: <Izvestija.Ru>, 26.1.2004.

Europäische Union und einzelne europäische Staaten

Der Ausbruch des zweiten Tschetschenienkriegs fiel in eine Phase, in der Rußland und die EU ihr Verhältnis auf neue programmatische Grundlagen stellten. Zu Beginn des Kriegs legten europäische Regierungen ihren Standpunkt zum militärischen Vorgehen Rußlands auf verschiedenen Foren dar: auf dem EU-Gipfel der Staats- und Regierungschefs in Helsinki (10.–11.12.1999), der Berliner G-8-Konferenz der Außenminister (17.12.1999) und dem Gipfel der EU-Außenminister (24.1.2000). Auf dem Gipfel in Helsinki wurde das Mittel des Krieges am deutlichsten verurteilt: Die Sicherung der territorialen Integrität und die Bekämpfung von Terrorismus rechtfertigten keinesfalls ein so massives militärisches Vorgehen gegen ein ganzes Volk. Es stehe in Widerspruch zum humanitären Völkerrecht und zu den von Rußland als OSZE-Mitglied eingegangenen Verpflichtungen. Europa verlangte von Rußland die Einstellung der »unverhältnismäßigen Gewaltanwendung«, die Zulassung humanitärer Hilfe in dem Kriegsgebiet und die Aufnahme eines politischen Dialogs mit dem Konfliktgegner. Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen, drohte die EU, ihre gemeinsame Strategie mit Rußland zu überprüfen, ebenso einzelne Aspekte des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens mit Rußland. EU-Außenpolitiker brachten dabei aber ein Dilemma der europäischen Rußlandpolitik zum Ausdruck: Man wolle die in den letzten Jahren aufgebaute konstruktive Beziehung zu Rußland bewahren, weil nur in diesem Rahmen überhaupt Einfluß auf Moskau ausgeübt werden könne. Gleichzeitig könne man nicht hinnehmen, daß der Partner seine Verpflichtungen durch massive Menschenrechtsverletzungen bricht.¹⁰²

Die EU beschloß auf einem Ministergipfel im Januar 2000 Sanktionen gegen Rußland, die allerdings sanft ausfielen.¹⁰³ Präsident Putin hatte Ende 1999 in einem Schreiben an den damaligen Ratspräsidenten, den finnischen Regierungschef Lipponen, beschwichtigt, der Militäreinsatz ziele nicht auf die Bevölkerung

102 *NZZ*, 11.12.1999.

103 Man setzte die Unterzeichnung eines technischen Abkommens aus, übertrug unausgeschöpfte Mittel von 30 Mio. Euro für Nahrungsmittelhilfe nicht auf das Budget für 2000 und forderte die Kommission auf, die für 2000 bereitgestellten Gelder für eine Reihe von Hilfsprogrammen im Umfang von 130 Mio. Euro auf humanitäre Projekte und Maßnahmen zur Förderung demokratischer Strukturen zu beschränken und 90 Mio. Euro für spätere Zwecke zurückzubehalten.

ab. Mit dem Einsatz hochtechnisierter Waffen sei es möglich geworden, die Zahl der Opfer der »Anti-Terror-Operation« niedrig zu halten. Zu diesem Zeitpunkt war die »Anti-Terror-Operation« jedoch längst zum massiven Krieg ausgeartet. Grosny war schon Ende 1999 sturmreif geschossen worden. Wochenlange Dauerbombardements hatten auf drastischste Weise dargelegt, was der Kreml unter dem zielgerechten »Einsatz hochtechnisierter Waffen« verstand.

Nach dem 11. September 2001 milderte auch die EU die Kritik an Rußlands Tschetschenienkrieg ab. Im Abschlusdokument des EU-Rußland-Gipfels vom 29. Mai 2002 wurde kein Bezug mehr auf dieses Thema genommen. Und auf dem Brüsseler Gipfel vom 11. November 2002 wurde die Tschetschenienfrage von der bilateralen Kooperation auf anderen Gebieten abgekoppelt. Tschetschenien, das sich gerade erst mit dem Moskauer Geiseldrama vom 23. bis 26. Oktober in Erinnerung gebracht hatte, wurde als Problemfaktor im europäisch-russischen Verhältnis von der Kaliningrad-Frage verdrängt.

Im Vorfeld des Irak-Kriegs wurde Rußland als diplomatischer Partner sowohl von den Befürwortern als auch von den Gegnern des Kriegs umworben. Als eine Bühne des Wohlverhaltens gegenüber Moskau in Sachen Tschetschenien stellte sich auch die Nato heraus. Im Umfeld des EU-Rußland-Gipfels in Brüssel sicherte Nato-Generalsekretär Robertson dem russischen Präsidenten uneingeschränkte Rückendeckung im »Kampf gegen Terrorismus« zu. Als Präsident Putin seinen Weg einer »politischen Lösung« des Tschetschenienkonflikts und ein baldiges Verfassungsreferendum in der Kaukasusrepublik ankündigte, wurde dieser Schritt von europäischen Staatsführern gelobt. So erkannte Bundeskanzler Schröder im November 2002 nach einem Treffen mit Putin in Oslo in diesem Prozeß »gute Ansätze, die Unterstützung verdienen«. Der Ausschuß für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe des Bundestags äußerte dagegen in einer am 31. Januar 2003 einstimmig verabschiedeten Erklärung »tiefe Besorgnis« über die anhaltenden schweren Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien, für die alle Konfliktparteien verantwortlich seien (wobei aber besonders die extralegalen Gewaltakte russischer Streitkräfte hervorgehoben wurden), und forderte die deutsche Regierung auf, sich gegenüber Rußland für eine tragfähige politische Lösung unter Einbeziehung authentischer tschetschenischer Repräsentanten einzusetzen.

Im Falle Frankreichs fiel eine klare Verhaltensänderung gegenüber der russischen Tschetschenien-

politik auf. Die französische Regierung hat seit 2001 ihre anfangs scharfe Kritik am zweiten Tschetschenienkrieg deutlich reduziert. Im Februar 2000 war Paris noch ein Zentrum europäischen Protests gegen den Krieg gewesen. Politische Persönlichkeiten wie Kulturminister Jack Lang machten sich damals für ein Manifest gegen den Krieg stark. Drei Jahre später, beim Treffen mit Präsident Putin im Elysée-Palast am 10. Februar 2003, hatte sich das Bild gewendet. Das Thema Tschetschenien sollte den Schulteranschluß zwischen Paris, Berlin und Moskau in der Irakfrage nicht stören. Aber auch auf der Seite der Befürworter des Irak-Kriegs wurde Rußlands Tschetschenienpolitik milde behandelt. Der britische Premier Tony Blair bestärkte die russischen Gastgeber des EU-Rußland-Gipfels in St. Petersburg im Mai 2003 in Hinsicht »auf den politischen Prozeß und den politischen Dialog, auf den Sie sich eingelassen haben«. Auf französischer Seite wurde der »offene Krieg« in Tschetschenien von Außenminister de Villepin bei einem Staatsbesuch in Moskau am 23. Januar 2004 allerdings wieder mit deutlicher Kritik bedacht und als Destabilisierungsgefahr für Nachbarländer bezeichnet.¹⁰⁴

Der bisher größte EU-Rußland-Gipfel, der vom 300. Geburtstag Sankt Petersburgs glanzvoll umrahmt wurde, war die prominenteste Bühne, auf der Rußlands »Weg zur politischen Lösung« des Tschetschenienkonflikts Zuspruch erfuhr. Dabei war dieser Gipfel, zu dem Präsident Putin Staats- und Regierungshäupter von 15 EU-Staaten und zehn Beitrittsländern geladen hatte, von schlimmen Entwicklungen in der Kaukasusrepublik überschattet. Im Mai 2003 wurde dort die größte Dichte an Gewaltakten seit Ende der massiven Kriegsphase verzeichnet. Im Vorfeld des Gipfels, dem Präsident Putin größte Bedeutung beigemessen hatte, weil er die über den Irak-Krieg aufgekommenen Differenzen in Europa überwinden sollte, versuchte der Kreml, das Thema Tschetschenien aus der gemeinsamen Abschlusserklärung auszuklammern – wie schon bei vorangegangenen Gipfeln. Diesmal wurde das Thema zwar nicht fallengelassen, aber in einer Weise berührt, die Skepsis gegenüber der »Friedenspolitik« Moskaus in Tschetschenien völlig vermissen ließ. Der amtierende Ratspräsident Simitis bekundete die Bereitschaft der EU, weiterhin die Bemühungen der russischen Führung um eine Politik zu unterstützen, »die den Frieden zurück nach Tschetschenien bringt«. Die Abschlusserklärung drückte im Abschnitt »Gemein-

104 Le Monde, 25.1.2004.

same Antwort auf die Bedrohung durch Drogen und Terrorismus« die Hoffnung aus, der »kürzlich eingeleitete politische Prozeß« und der wirtschaftliche und soziale Wiederaufbau in Tschetschenien mögen zu einer »echten Versöhnung« führen: »Wir sind übereingekommen, daß internationale Organisationen einen wesentlichen Beitrag in enger Zusammenarbeit mit russischen Behörden leisten könnten.«¹⁰⁵

Immerhin war die EU inzwischen zum größten ausländischen Geber im Nordkaukasus geworden. Seit 1999 hat sie für Kriegsoffer und Flüchtlinge in Tschetschenien und den Nachbarrepubliken mehr als 110 Mio. Euro an humanitärer Hilfe bereitgestellt. Ihre Hilfsprogramme sollen Tschetschenien aus seiner Kriegswirtschaft herausholen – laut Aussage der Europäischen Kommission, die im Juni 2003 weitere 16,5 Mio. Euro gewährte. Tschetschenien sei, so ein Kommentar von Radio Free Europe, ein klassisches Beispiel für »throwing money at a problem« – für ein Mittel, das die EU gegenüber Problemen wähle, in die sie möglichst nicht zu tief involviert werden möchte. Die Hauptforderung an Rußland als Voraussetzung für eine sinnvolle Durchführung humanitärer Projekte und die Rückführung von Flüchtlingen, nämlich die Schaffung elementarer Sicherheitsbedingungen in Tschetschenien, war bislang in keiner Weise erfüllt worden. EU-Beamte kritisierten die Umstände, unter denen die neuerliche Gewährung von Mitteln für die Kriegsregion erfolgte. Während die humanitäre Hilfe Europas für die Opfer der beiden Tschetschenienkriege erhöht wurde, verschlechterten sich die Bedingungen für die Umsetzung solcher Hilfe, da russische Behörden in allen denkbaren Bereichen Hindernisse aufbauten. Im Resümee wurde hier festgestellt, daß die völlig erschöpfte Bevölkerung des Kriegsgebiets für internationale Hilfe kaum erreichbar ist. EU-Offizielle teilten Radio Free Europe bereits im Frühjahr 2003 mit, daß es viele Jahre dauern könnte, bis Rußland die Kontrolle über seine Armee im Kaukasus zurückgewinnen und in Tschetschenien eine wirkliche »Normalisierung« und ein Minimum an Recht und Ordnung durchsetzen kann. Bislang sei die Armee die treibende Kraft der Gesetzlosigkeit in der Region.¹⁰⁶

Am 3. Juli verabschiedete das Europäische Parlament in Straßburg eine Tschetschenienresolution.

¹⁰⁵ EU–Russia Summit May 2003: Joint Statement, <http://europa.eu.int/comm/external_relations/russia/sum05_03/js.htm>.

¹⁰⁶ Ahto *Lobjakas*, EU Officials Say Moscow »Not Living Up to International Obligations in Chechnya, in: RFE/RL, 18.6.2003, <<http://www.rferl.org/features/2003/06/18062003174328.asp>>.

Ausgehend von der Feststellung, daß Rußland seit Monaten einen Prozeß »politischer Konfliktlösung« verfolgt, bot das Parlament seine »guten Dienste« für einen Vermittlungsprozeß vor den Präsidentschaftswahlen in Tschetschenien an und forderte »beide Konfliktparteien« auf, dieser Einladung zu folgen. Das Parlament verurteilte »alle Akte von Terrorismus« und verknüpfte den Kampf gegen Gewaltakteure in Tschetschenien mit dem globalen »war on terrorism«. Auf Antrag der Grünen/EFA wurden in der Resolution allerdings Bedenken gegen das Vorgehen der Streitkräfte ausgedrückt und eine Erneuerung des OSZE-Mandats in Tschetschenien gefordert, das im März 2003 von Moskau beendet worden war. An den EU-Rat wurde in der Resolution appelliert, dazu beizutragen, die »Herrschaft des Rechts« in das Kriegsgebiet zurückzubringen und seine sozialökonomische Rehabilitation zu unterstützen. Finanzhilfen sollten aber an striktere Konditionen gebunden werden.¹⁰⁷

Auf einzelstaatlicher Ebene verschärfte sich in Europa nach dem Geiseldrama vom Oktober 2002 eine Unterscheidungslinie in der Haltung gegenüber Tschetschenien. Sie verläuft zwischen kleineren Staaten wie Dänemark, Tschechien, Belgien und Österreich und größeren EU-Staaten wie Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien. Die kleineren Staaten nehmen eine kritischere Haltung gegenüber Moskau ein. Die größeren ordnen das Thema Tschetschenien einem guten Einvernehmen mit Präsident Putin, wirtschaftlichen Interessen und dem Bestreben unter, Rußland an Europa heranzuführen. In skandalöser Weise brachte der amtierende EU-Ratsvorsitzende, der italienische Premierminister Berlusconi, auf dem zwölften EU–Rußland-Gipfel in Rom am 6. November 2003 seine Haltung gegenüber dem Thema Tschetschenien zum Ausdruck. Menschenrechtsorganisationen hatten die EU zuvor aufgerufen, zu der desolaten Situation in Tschetschenien Stellung zu nehmen. Ratspräsident Berlusconi stellte sich jedoch auf die Seite seines persönlichen Freundes Putin und verteidigte den Einsatz russischer Streitkräfte als einen Kampf gegen Terrorismus, der in westlichen Medien verzerrt dargestellt würde. Die Kommission wies die Aussagen Berlusconis zu Tschetschenien und zur Yukos-Affäre zurück. Im Gegenzug lehnte Moskau Vorschläge der EU über einen offenen Meinungsaustausch über Tschetschenien und die gemeinsame Suche nach Ansätzen für eine politische Konfliktlösung ab: Man sei zu einem solchen Dialog nur bereit, wenn die kri-

¹⁰⁷ Agence Europe (Strasbourg), 7.7.2003.

tische Situation russischsprachiger Minderheiten in den baltischen Staaten ebenso dringlich behandelt würde. Damit ging das Thema Tschetschenien auf dem letzten EU-Rußland-Gipfel wieder unter und fand keine Erwähnung in der Gemeinsamen Erklärung.¹⁰⁸

Anfang 2004 verstärkte sich unter der irischen Ratspräsidentschaft das Gefühl, daß eine kritische Überprüfung der bisherigen Rußland-Politik notwendig sei – nicht zuletzt im Hinblick auf das Tschetschenienproblem. In einem Bericht forderte das außenpolitische Komitee des Europaparlaments die EU dazu auf, bei der Behandlung der Situation in Tschetschenien »mit einer Stimme zu sprechen« und das Thema Tschetschenien mit Fragen der sicherheitspolitischen Kooperation mit Rußland, zum Beispiel in Hinsicht auf gemeinsame Friedensmissionen, in Verbindung zu bringen.¹⁰⁹

Die Tschetschenienfrage in der OSZE und im Europarat

Die OSZE, die ihre Arbeit in Tschetschenien im April 1995 aufgenommen hatte, spielte im ersten Krieg noch eine aktive Vermittlerrolle. Ihr Mandat umfaßte die Beobachtung und Dokumentation der Menschenrechtssituation, die Teilnahme an der Erarbeitung einer Friedenslösung und die Unterstützung von Hilfsorganisationen, vor allem bei der Lösung des Flüchtlingsproblems. 1996 war die Mission an der Aushandlung eines Waffenstillstands maßgeblich beteiligt, 1997 an der Organisation der Präsidentenwahl im Nachkriegstschetschenien. Als die Kampfhandlungen zwischen der Maschadow-Regierung und den Kriegsherren zunahmen, wurde die Mission im Dezember 1998 nach Moskau evakuiert und setzte von dort ihre Tätigkeit fort.

Im Juni 2001 kehrte sie nach Tschetschenien zurück, konnte aber im zweiten Krieg bei weitem nicht die wichtige Rolle ausfüllen, die sie sechs, sieben Jahre zuvor gespielt hatte. Von ihrer neuen Station Snamenskoje im kampffreien Norden Tschetscheniens aus konnte die sechsköpfige Mission kaum den Überblick über die Ereignisse auf dem tschetschenischen Kriegs-

schauplatz behalten. Rußland drängte auf eine Neufassung des Mandats und wollte es auf rein humanitäre Aufgaben beschränken. Dafür wurden zwei Gründe geltend gemacht: Einerseits sei Tschetschenien ein Hort des internationalen Terrorismus geworden, so daß Verhandlungen mit tschetschenischen Kombattanten keinen Sinn machten. Andererseits sei bereits ein von Rußland geleiteter Prozeß der politischen und wirtschaftlichen Stabilisierung im Gange. Für eine politische Vermittlungstätigkeit der OSZE fehlten somit alle Voraussetzungen. Allenfalls könne sich die OSZE bei der Umsetzung des offiziellen Regierungsprogramms zur Befriedung Tschetscheniens beteiligen.

Da kein Konsens über das Mandat zustande kam, erlosch es am 31. Dezember 2002. Der Abzug der OSZE aus dem Nordkaukasus wurde in der Presse teilweise hämisch kommentiert, da ihre Anwesenheit dort zuletzt kaum bemerkt wurde.¹¹⁰ »Der Mythos der OSZE-Präsenz ist endlich erledigt« – kommentierte die Website der tschetschenischen Separatisten: Die passive Haltung der Mission gegenüber den fortgesetzten Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien habe schließlich zu ihrer Beendigung geführt, meinte Ahmad Sakajew.¹¹¹ Der Leiter dieser zweiten Mission, der finnische Diplomat Jorma Inki, wehrte sich gegen solche Urteile: Die Lage in Tschetschenien sei viel komplizierter, als viele im Westen glauben würden. Es sei sehr einfach, eine politische Lösung zu fordern, doch unklar, zwischen welchen Akteuren und Konfliktparteien eine solche gefunden werden solle. Er habe es als seine vorrangige Aufgabe angesehen, der jetzigen tschetschenischen Verwaltung zu helfen, »demokratische Institutionen« aufzubauen.¹¹²

Die Einstellung der OSZE-Mission wurde besonders von der deutschen und der amerikanischen Regierung moniert. Der deutsche Außenminister Joschka Fischer forderte die Wiedereinsetzung einer »arbeitsfähige(n) Unterstützungsgruppe der OSZE in Tschetschenien« und die Beteiligung der OSZE an der Erarbeitung von Voraussetzungen für eine friedliche und dauerhafte Lösung des Tschetschenienkonflikts im Rahmen der

108 Vgl. Christian Meier, Nach der Dumawahl. Zur Gestaltung der Partnerschaft EU-Rußland, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, Dezember 2003 (SWP-Aktuell 54/03).

109 Ahto Lobjakas, EU: Brussels Prepares to Toughen Stance on Russia, in: RFE/RL, 21.1.2004, <http://www.rferl.org/features/features_article.aspx?id=C66F130E-876A-4D30-9972-E472C6C07D74&m=1&y=2004>.

110 So schrieb Die Tageszeitung am 17.1.2003: »Sang- und klanglos haben die Vertreter der OSZE in Tschetschenien ihren Beobachtungsposten geräumt. Leise wie Ornithologen, darauf bedacht, die Fauna nicht unnötig in Unruhe zu versetzen.«

111 Valentinas Mite, OSCE Closes Chechnya Mission with Little Protest, <http://www.eurasianet.org/departments/insight/articles/eav010503_pr.shtml>.

112 FAZ, 22.1.2003.

Russischen Föderation. Auch die USA betonten die Notwendigkeit eines aktiven und konstruktiven OSZE-Engagements in Tschetschenien. Dabei wurde der Akzent aber nicht mehr so sehr auf die politische Vermittlung zwischen den Konfliktparteien gelegt, sondern auf Mithilfe bei der Schaffung »rechtsstaatlicher und demokratischer Ordnungsstrukturen«. Die sind nach der fragwürdigen Durchführung des Verfassungsreferendums und der Präsidentenwahl in Tschetschenien von der Realität weiter entfernt als zuvor. Tatsächlich möchte Moskau auch nach der Aufhebung der Mission Wiederaufbauhilfe für Tschetschenien von der OSZE in Anspruch nehmen. »Es geht um Hilfe bei der Organisation von Wahlen, der Errichtung lokaler Gerichtsbarkeit und beim Schutz der öffentlichen Ordnung, Mitwirkung bei der sozialökonomischen Entwicklung, einschließlich der Rückkehrhilfe für Flüchtlinge, der Entwicklung des Klein- und Mittelgewerbes sowie der Unterstützung lokaler Massenmedien« – so die Abteilung des Außenministeriums für europäische Kooperation.¹¹³

Stärker als die OSZE zeigte sich der Europarat während des zweiten Kriegs als eine Instanz in Sachen Tschetschenien. Sein Rechtsausschuß warf Moskau vom Beginn des Kriegs an massive Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und die Verletzung bindender Rechtsverpflichtungen vor, darunter gegen solche, die Rußland auf europäischer Ebene eingegangen war (Europäische Menschenrechtskonvention, Konvention zur Verhütung von Folter u.a.).¹¹⁴ Zu Beginn des zweiten Kriegs drohte die Parlamentarische Versammlung des Europarats (PACE) Rußland den Ausschluß an, sollte die unangemessene Gewaltanwendung nicht beendet werden. Die Forderungen lauteten: ein Dialog über einen Waffenstillstand mit den militärischen Kontrahenten und ungehinderter Zugang für internationale Hilfsorganisationen und Berichterstatter. Im April 2000 entschied der Europarat, der russischen Delegation das Stimmrecht für die laufende Sitzungsperiode zu entziehen. Für diese Entscheidung konnte allerdings nur eine knappe Stimmenmehrheit erreicht werden, und es wurde klar, daß eine Wiederholung der Suspendierung im nächsten Sitzungsjahr kaum zu erwarten war.

Tatsächlich stimmte PACE auf der Januar-Sitzung 2001 mit großer Mehrheit für die Wiederherstellung

des russischen Stimmrechts. Moskau feierte daraufhin einen »diplomatischen Sieg auf europäischem Parkett«; den Erfolg führte es auf den diplomatischen Fleiß der russischen Delegation unter Leitung von Dmitrij Rogosin zurück.¹¹⁵ Dabei hatte die russische Seite keinerlei Nachweis für eine Verbesserung der Menschenrechtssituation in Tschetschenien gegenüber dem Vorjahr erbracht. Im Gegenteil: Die Situation hatte sich eher verschlimmert. Menschenrechtsaktivisten in Rußland warfen Europa vor, aus realpolitischen Erwägungen seine eigenen Werte zu verraten.¹¹⁶

Allerdings übten der PACE-Vorsitzende Lord Russel Johnston, sein Nachfolger Peter Schieder und die mit Tschetschenien befaßten Europaratspolitiker Lord Frank Judd und Rudolf Bindig weiterhin scharfe Kritik an den Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien. Nach dem 11. September 2001 beteiligte sich der Europarat nicht an der allgemein um sich greifenden Praxis westlicher Politik, die Kritik am Tschetschenienkrieg als Gegenleistung für Rußlands Kooperation mit dem Westen im »war on terrorism« zu mildern. Mit den von Präsident Putin angekündigten Normalisierungsschritten, angefangen mit dem Verfassungsreferendum in Tschetschenien, ging der Europarat kritischer um als die meisten europäischen Staatsoberhäupter. Der bisherige Tschetschenien-Berichterstatter, Lord Judd, warf dabei sogar sein Amt in die Waagschale. Er empfahl PACE, eine Resolution zu verabschieden, in der von Moskau eine Verschiebung des Referendums auf einen späteren Zeitpunkt verlangt wird, und äußerte die Befürchtung, eine vorilige Abhaltung des Referendums, bei der ohne inhaltliche Diskussion abgestimmt würde, könne sich als kontraproduktiv erweisen und Wasser auf die Mühlen der Extremisten leiten.¹¹⁷ Lord Judd, gegen den sich daraufhin vehementer Widerstand in russischen Medien regte, kündigte seinen Rücktritt an, sollte das Referendum zu dem festgesetzten Termin am 23. März abgehalten werden. PACE verlangte zwar nicht die Terminverschiebung, brachte in einer Resolution vom 29. Januar 2003 aber Besorgnis über die mangelnden Voraussetzungen für das Referendum zum Ausdruck. Der Europarat kritisierte in der Folgezeit die anhaltende, nach dem Referendum noch

113 <ChechnyaFree.Ru>, 6.5.2003.

114 Vgl. Miriam Kosmehl, Rechtsgewalt oder Gewaltrecht. Das internationale Recht und die Menschenrechte in Tschetschenien, in: Osteuropa, 53 (2003) 8, S. 1066–1083.

115 Mikhail Ivanov, Russia Celebrates Diplomatic Coup, IWPR.net, 2.2.2001, <http://www.iwpr.net/index.pl?archive/cau/cau_200102_68_03_eng.txt>.

116 Eurasianet, Human Rights, 13.2.2001, <<http://www.eurasianet.org/departments/rights/articles/eav021301.shtml>>.
117 NZZ, 31.1.2003.

wachsende Gewalt auf beiden Seiten und den Mangel an ernsthaftem Bemühen, eine wirkliche politische Lösung zu suchen.

Rudolf Bindig, der Leiter der deutschen Delegation und Vizepräsident von PACE, brachte einen Vorschlag in den Europarat ein, der in Rußland einen Sturm der Entrüstung auslöste: die Forderung nach einem internationalen Tribunal für Kriegsverbrechen im Kaukasus nach dem Vorbild der Sondertribunale für Ruanda und Jugoslawien. Der Ausschuß für Rechtsfragen und Menschenrechte forderte in einer Resolution, ein internationales Gericht solle dem »Klima der Gesetzlosigkeit« in Tschetschenien endlich Einhalt gebieten. Anfang April verabschiedete der Europarat dann die seit langem schärfste Resolution zu Tschetschenien und griff dabei die Anregung eines Sondertribunals auf.¹¹⁸ Im Gegenzug erklärte der russische Delegationsleiter Rogosin: »Wir wissen alle, daß es kein Tribunal geben wird. Das Schlimmste in der Politik ist, lächerlich dazustehen. Ihr seid lächerlich. Fortan werden wir das Thema Tschetschenien zu Hause erörtern.«¹¹⁹ Der Europarat würde von nun an keine Erlaubnis zur Lagesondierung in Tschetschenien mehr erhalten.

Europaratspolitiker kommentierten die Tschetschenienresolution mit den Worten, daß die Geduld im Tschetschenienkonflikt allmählich erschöpft sei. Die russische Seite habe immer wieder versprochen, Gewaltverbrechen in Tschetschenien vor Gericht zu bringen, habe aber wenig in dieser Richtung getan. Es bestünde eine gewaltige Kluft zwischen der Zahl der Kriegsverbrechen und jener der Fälle strafrechtlicher Verfolgung in Rußland. Rudolf Bindig betonte in einem russischen Zeitungsinterview, die Idee der internationalen Strafgerichtsbarkeit diene in erster Linie dem Zweck, die russische Justiz in Gang zu bringen. »Wir sind auf die Schaffung eines internationalen Organs nicht erpicht ... Wir hoffen, daß die russische Gerichtsbarkeit und die Rechtsschutzorgane endlich beginnen, ihre Pflicht zu tun.«¹²⁰ In der Folgezeit war von dem internationalen Sondertribunal kaum noch die Rede. Dem Europarat steht aber mit dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eine richterliche Instanz zur Verfügung, die mit Kriegsverbrechen in Tschetschenien stärker befaßt

werden könnte. Bis Februar 2003 wurden hier erst sechs Klagen tschetschenischer Zivilisten für zulässig befunden.¹²¹

Der neue Tschetschenien-Berichterstatler, der Schweizer Nationalrat Andreas Gross, bezeichnete sein Amt als die schwierigste Aufgabe, die man im Europarat übernehmen könne. Gross möchte den Konfliktparteien helfen, das Problem selber zu lösen, und will zu diesem Zweck sichten, welche Ideen dazu auf den Konfliktseiten bereits existieren. In jedem Fall müsse Moskau aber die bewaffnete gegnerische Seite, mit Ausnahme von Terroristen, in den Prozeß »politischer Lösung« einbeziehen. Mit Verweis auf Rabin stellte er fest: Frieden kann man nur mit dem Feind schließen, und diesen kann man sich nicht aussuchen.¹²²

In Rußland kristallisierte sich aber immer deutlicher die Mißachtung dieser Prämisse für Konfliktlösung heraus, indem der Statthalter Kadyrow zum alleinigen Partner »politischer Lösung« aufgebaut wurde. Zu Beginn des Jahres 2004 kündigte der Europarat die Einschränkung seiner Präsenz in Tschetschenien an. Seine Experten sollen nur noch gelegentlich zu zeitlich begrenzten Missionen in die Region entsandt werden. Mit dieser Vereinbarung hätten der Generalsekretär des Europarats und der russische Außenminister Ende 2003 eine »neue Form der Zusammenarbeit« geschaffen. Offiziell wurde die Einschränkung mit der gefährlichen Situation in Tschetschenien begründet.¹²³

In Sachen Menschenrechtsbeobachtung trieb der Kreml den Zynismus im Januar 2004 auf die Spitze: Er strich den Posten des Menschenrechtsbeauftragten für Tschetschenien, den bislang (recht wirkungslos) der Duma-Abgeordnete Abdul-Chakim Sultygow eingenommen hatte, mit der Begründung, der tschetschenische Präsident Kadyrow erfülle diese Funktion.¹²⁴

118 Resolution 1323 (2003), <<http://stars.coe.fr>>; Assembly debate on 2 April 2003 (Doc.9732, Report of the Committee on Legal Affairs and Human Rights, rapporteur Mr. Bindig).

119 Zitiert in: Jamestown Chechnya Weekly, IV (10.4.2003) 12.

120 Nezavisimaja gazeta, 31.3.2003.

121 Kosmehl, Rechtsgewalt oder Gewaltrecht [wie Fn. 114], S. 1077.

122 Interview mit Gross in: NZZ, 14.7.2003.

123 NZZ, 19.1.2004.

124 Ebd., 23.1.2004.

Ausblick

Ende 2003 wurde darüber spekuliert, ob sich die russische Tschetschenienpolitik mit dem Revirement in der Kreml-Administration infolge der Yukos- und Chodorkowski-Affäre verändern könnte. Im Oktober 2003 verließ mit dem Administrationschef Woloschin eine politische Schlüsselfigur das Machtzentrum, der die auf Kadyrow setzende Strategie »politischer Konfliktlösung« zugeschrieben wird. Kadyrow selbst hielt sich seit der Verhaftung Chodorkowskis und dem Rücktritt Woloschins häufig in Moskau auf und zeigte sich um seine Protektion im Kreml besorgt.¹²⁵ Die Kritik an seiner Person ebte nach der Präsidentenwahl in Tschetschenien nicht ab. Ein Artikel auf einer kremlnahen Website sah Mitte November 2003 Tschetschenien auf dem Weg zu einem separaten Fürstentum, einem Privatstaat Kadyrows, auf den Moskau kaum noch Einfluß haben wird, wenn Putin seine Tschetschenienpolitik nicht radikal ändert.¹²⁶

Es wird allgemein angenommen, daß vor den Präsidentenwahlen im März 2004 und der zweiten Amtszeit Putins der bisher eingeschlagene Weg beibehalten wird. Der nationale Politikkontext nach den Duma-wahlen – der erdrückende Sieg der kremlnahen Machtpartei »Einiges Rußland« und nationalpatriotischer Kräfte sowie die Vertreibung liberaler Parteien aus dem politischen System – legt eine grundlegende Wende in der Tschetschenienfrage ebenso wenig nahe wie der bisherige internationale Kontext.

Hinter der Zurückhaltung internationaler Politik beim Tschetschenienkonflikt steht vor allem die Ratlosigkeit in Hinsicht auf eine konkrete Konfliktlösung. Der immer wieder vorgetragenen Empfehlung, mit Maschadow zu verhandeln, steht der Mangel an Klarheit im Weg, ob Maschadow und seine Untergrundregierung überhaupt in der Lage sind, denkbare Verhandlungsergebnisse auf der Seite der »bojewiki« durchzusetzen. Der Nachweis dafür kann erst erbracht werden, wenn ein Waffenstillstand geschlossen wird. Es bleibt festzuhalten, daß Maschadow immer wieder den Dialog angeboten hat.

¹²⁵ Growing Concerns in Moscow about Kadyrov, in: *Jamestown Chechnya Weekly*, IV (26.11.2003) 43.

¹²⁶ Vladimir Agapov in: <utro.ru>, 18.11.2003.

Das gewaltige Problem dieses Konflikts besteht darin, daß hier beiderseits der Frontlinien eine heillose Zersplitterung in Akteurs- und Interessengruppen in Gang gekommen ist. Putins »Weg zur politischen Lösung« hat diesen Prozeß noch forciert. Hinsichtlich einer Konfliktlösung haben sich in den letzten Jahren, vor allem vor der Geiselnahme in Moskau vom Oktober 2002, gleichwohl einige Konturen abgezeichnet. Auf internationalem Parkett – wenn auch nicht auf offizieller diplomatischer, sondern auf Track-2-Ebene – wurden Friedensinitiativen erörtert. Akteure dieser inoffiziellen Tschetschenienpolitik waren unter anderem russische Politiker der Jelzin-Ära wie Ruslan Chasbulatow, Iwan Rybkin und Jewgenij Primakow, Repräsentanten der tschetschenischen Untergrundregierung wie der »Außenminister« Iljas Ahmadow, westliche »elder statesmen« wie Alexander Haig, Menschenrechtsorganisationen, das amerikanische Tschetschenienkomitee und ein in Kopenhagen im Oktober 2002 tagender tschetschenischer Weltkongreß. Zu den Initiativen zählen ein Konfliktlösungsprojekt des tschetschenischen »Außenministers« Ahmadow vom März 2003,¹²⁷ das anschließend als Maschadow-Plan präsentiert wurde,¹²⁸ aber auch der sogenannte Liechtenstein-Plan vom Oktober 2002.¹²⁹ Was sind die Hauptelemente der Lösungsvorschläge und -vorstellungen?

► Allen voran die Einsicht, daß eine reale Konfliktlösung nicht gefunden werden kann, wenn die eigentlichen bewaffneten Konfliktgegner von ihr ausgeklammert werden. Als Modell diente hier der einzige postsowjetische Konfliktfall, der demilitarisiert und politisch gelöst werden konnte – der Tadschikistankonflikt. Der 1997 eingeleitete Prozeß »nationaler Versöhnung« in Tadschikistan, bei dem auswärtige Akteure und internationale Organisationen gute Dienste leisten konnten, hatte eine

¹²⁷ Volltext unter <http://www.chechnya-mfa.info/paper/en_text.pdf>.

¹²⁸ Statement of the President of the Chechen Republic of Ichkeria, Aslan Maskhadov, 21 July 2003, <http://www.chechenpress.info/english/news/07_2003/1_22_07.shtml>.

¹²⁹ Abrufbar sind die Initiativen auf der Website des amerikanischen Tschetschenienkomitees: <<http://www.peaceinchechnya.org/peaceplans.htm>>.

wesentliche Voraussetzung, die auch für einen Ausweg aus der Gewalt in Tschetschenien unabdingbar erscheint: Es haben sich Konfliktparteien an den Verhandlungstisch begeben, die sich zuvor mit äußerster Brutalität bekämpft hatten. Das schloß sogar »radikale Kämpfer« ein, »who were elbow deep in blood«. ¹³⁰ Ein nicht veröffentlichter Plan des ehemaligen russischen Außen- und Premierministers Primakow zu Tschetschenien wurde von einer Expertengruppe vorbereitet, die den Friedensprozeß in Tadschikistan von seiten Rußlands mitgestaltet hatte. ¹³¹ Darin wird von der Einschätzung ausgegangen, daß in Tschetschenien ähnlich wie in Tadschikistan ein »Bürgerkrieg« stattfindet, bei dem russische Streitkräfte auf einer Seite mitkämpfen. Aus diesem Befund eines in erster Linie »innertschetschenischen« Konflikts wird abgeleitet, daß an ernsthaften Friedensverhandlungen ein breites Spektrum konfligierender Gruppen der tschetschenischen Gesellschaft beteiligt werden müßte. Dazu würden Führer tschetschenischer »teips« (Sippen), Kriegsherren, Geschäftsleute, Politiker und andere Akteure gehören. Die Verhandlungen müßten vor allem Mechanismen erarbeiten, unter denen Kämpfer in ein ziviles Leben zurückkehren könnten. In diesem Punkt lag eine der größten Leistungen der Konfliktbewältigung in Tadschikistan. Allerdings sind die Konfliktstrukturen, -akteure und -güter und die denkbaren Mediationsmechanismen im Tadschikistankonflikt von denen im Tschetschenienkonflikt sehr verschieden. Tadschikistan steht nicht für einen Sezessionskonflikt, bei dem eine politische Statusfrage zwischen Moskau und Duschanbe zu klären war. Rußland kann im Tschetschenienkonflikt, in den es durch extreme Ausmaße militärischer Gewaltausübung verstrickt ist, nicht die Rolle eines Mediators spielen. Hierfür ist eine »dritte Kraft« notwendig. Eine Haupteinsicht des Primakow-Plans lautet: An Verhandlungen führt kein Weg vorbei. Der Versuch, die Situation in Tschetschenien ohne Einbeziehung der eigentlichen Konfliktgegner durch Wahlen und andere Maßnahmen von »Tschetschenisierung« zu ändern, ist zum Scheitern verurteilt. ¹³² Allerdings hat Primakow nach dem Moskauer Geiseldrama vom Oktober 2002 seine Hal-

¹³⁰ Zitiert bei: Sanobar *Shermatova*, *Competing Plans of Chechen Politicians*, in: CRS, (12.12.2002) 159, <<http://www.iwpr.net>>.

¹³¹ Ebd.

¹³² *Rossijskaja gazeta*, 10.9.2002.

tung geändert und die Möglichkeit der politischen Auseinandersetzung mit dem bewaffneten Gegner in Tschetschenien in Frage gestellt. Sein gescheiterter Versuch, mit dem Anführer der Geiselnnehmer, Mowsar Barajew, zu verhandeln, war für diesen Sinneswandel offenbar ausschlaggebend. ¹³³

- ▶ Die meisten Überlegungen zu Friedenslösungen für Tschetschenien gehen von der Notwendigkeit einer »dritten Kraft« aus. Zum Teil werden darunter neutrale externe Akteure verstanden, zum Teil ist damit aber auch die tschetschenische Gesellschaft gemeint, die neben den von Rußland und den Separatisten gebildeten Konfliktseiten in den Konfliktlösungsprozeß aktiv einzubeziehen sei. Vorstellungen von einem externen Konfliktmakler reichen von Föderationssubjekten Rußlands wie Tatarstan über Drittstaaten bis zu internationalen Organisationen wie UNO, OSZE und Europarat. Die Beteiligung externer Mediatoren ist freilich nicht gegen den Willen Rußlands durchzusetzen. Außerdem zeigen sich derzeit externe Akteure kaum bereit, sich in diesem äußerst schwierigen Konfliktfall sonderlich zu engagieren.
- ▶ Am deutlichsten wird internationales Engagement in den Projekten Maschadow und seines »Außenministers« Ahmadow sowie in dem »Liechtenstein-Plan« gefordert, der kurz vor dem Moskauer Geiseldrama 2002 von Ruslan Chasbulatow, Ahmed Sakajew und dem amerikanischen Tschetschenienkomitee ausgehandelt wurde. Maschadow und Ahmadow fordern eine »konditionale Unabhängigkeit« Tschetscheniens und treten damit von einer radikalen Sezessionsoption zurück. Moskau habe wiederholt argumentiert, das Problem mit Tschetschenien sei nicht in erster Linie dessen Lostrennung von der Russischen Föderation gewesen, sondern die von ihm ausgehenden Sicherheitsrisiken. Das Ahmadow-Papier geht von der Einsicht aus, daß Tschetschenien zwischen 1997 und 1999 durch seine inneren Konflikte und seine Gewaltausstrahlung eine Bedrohung für seine Nachbarn dargestellt habe, und erkennt das Recht Rußlands auf Sicherheit an. Das Selbstbestimmungsrecht Tschetscheniens müsse in Einklang mit den Sicherheitsbedürfnissen Rußlands gebracht werden. Als Mittel dazu wird ein – am Beispiel des Kosovo – angelehntes System internationaler Kontrolle über einen auf eine Übergangsperiode angelegten Prozeß der

¹³³ Siehe Interviews mit Primakow in: *Le Nouvel Observateur*, 4.12.2003, und *Le Figaro*, 6.12.2003.

Staatswerdung Tschetscheniens vorgeschlagen. Dabei räumt Ahmadow ein, daß diesem Vorschlag nicht nur der Vorbehalt des Kreml entgegenstehen wird, der das Tschetschenienproblem als »rein innerstaatliche Angelegenheit Rußlands« behandelt wissen will, sondern noch stärker die mangelnde Bereitschaft internationaler Politik, Rußland in dieser Frage herauszufordern und in Tschetschenien Verantwortung zu übernehmen.

- ▶ Als Kompromiß zwischen staatlicher Unabhängigkeit und dem Status als Subjekt der Russischen Föderation beschreibt der vom tschetschenischen Weltkongreß in Kopenhagen am 29. Oktober 2002 ratifizierte »Liechtenstein-Plan« einen Sonderstatus der tschetschenischen Republik unter internationaler Garantie. Tschetschenien soll dabei innere Autonomie und eigene außenpolitische und -wirtschaftliche Beziehungen mit bestimmten Begrenzungen genießen und demilitarisiert werden. Die internationale Garantie für diesen Sonderstatus sollen Beobachtermissionen der UN, der OSZE und des Europarats gewährleisten. Die Grenze zwischen Rußland und Tschetschenien soll dabei nicht als internationale Grenze gelten.

Für die Einbeziehung der internationalen Gemeinschaft in die Lösung des Tschetschenienkonflikts und die Rehabilitation des Kriegsgebiets wird auf das Beispiel Kosovo verwiesen. Dort hat die Staatengemeinschaft 1999 durch die UN-Resolution 1244 eine Protektoratsverwaltung errichtet und ein beispielloses Projekt von Institutionenaufbau in Angriff genommen. Dabei werden zunächst substantielle Autonomie-rechte im Rahmen der Zugehörigkeit Kosovos zu »Restjugoslawien« (heute Union Serbien-Montenegro) garantiert und eine – die Unabhängigkeit der Provinz nicht mehr kategorisch ausschließende – Statusregelung an die Erfüllung bestimmter Standards gebunden (»Standards vor Status«). In Tschetschenien stellen sich angesichts enormer Zerstörung, sozialer Desintegration, Gewaltökonomisierung und Zersplitterung der Konfliktseiten noch weit höhere Herausforderungen in Hinsicht auf Demilitarisierung, Institutionenaufbau, Nationsbildung, wirtschaftliche Rehabilitation, Rückführung von Flüchtlingen und ähnliche Aufgaben. Am ausgeprägtesten ist die Unvergleichbarkeit Tschetscheniens mit dem Kosovo in Hinsicht auf den politischen Willen der Staatengemeinschaft, sich in einer Konfliktzone zu engagieren, die als extrem unübersichtlich gilt. Bei unerledigten Aufgaben in Afghanistan, im Irak und anderen Teilen der Welt drängt es derzeit niemanden, von Rußland eine besonders

schwierige Befriedungsaufgabe im Kaukasus zu übernehmen und zu diesem Zweck die notwendige massive Überzeugungsarbeit in Moskau zu leisten, um dort die Formel von der »rein innerstaatlichen Angelegenheit« aufzuweichen. Unterhalb der Ebene aktiver Konfliktbearbeitung existieren aber Minimalforderungen an die internationale Politik. Dazu gehören:

- ▶ die deutlichere Zurückweisung russischer Legitimationsargumente, was die Qualifizierung der Kriegs- und extralegalen Gewaltmaßnahmen als »Anti-Terrorismus« betrifft;
- ▶ eine schärfer artikulierte Unterscheidung zwischen ernsthaften politischen Lösungsversuchen und Lösungsattrappen wie den von der russischen Regierung im Jahr 2003 aufgestellten;
- ▶ Wachsamkeit gegenüber dem Versuch der russischen Regierung, internationale humanitäre Hilfe für die tschetschenische Bevölkerung in ihr eigenes Programm der »Normalisierung« und »Tschetschenisierung« einzuspannen; große Aufmerksamkeit für die Lage der tschetschenischen Flüchtlinge in Inguschetien, die von den russischen Behörden verstärktem Druck zur Rückkehr in ihre unsichere Heimat ausgesetzt werden;
- ▶ ein größeres Bewußtsein für die regionale und überregionale Ausstrahlung der andauernden Gewalt im Nordkaukasus;
- ▶ verstärkte Aufmerksamkeit für Lösungsvorstellungen auf der Seite inoffizieller Akteure in der Tschetschenienfrage, einschließlich einiger von Moskau mit Berührungsverbot belegten Repräsentanten der tschetschenischen Untergrundregierung.

Abkürzungen

CRS	Caucasus Reporting Series
FSB	Federal'naja služba bezopasnosti (Föderaler Geheimdienst)
GRU	Glavnoe razvedyvatel'noe upravlenie (militärische Auslandsaufklärung Rußlands)
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
IWF	Internationaler Währungsfonds
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PACE	Parliamentary Assembly of the Council of Europe
RFE	Radio Free Europe
RL	Radio Liberty
UN	United Nations